

Geschäftsbericht 2017



Inhaltsverzeichnis

Bilanz zum 31. Dezember 201722

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit von	n
1. Januar bis 31. Dezember 2017	24
Anhang	26
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	26
Angaben zur Bilanz	32
Organe des Verbands	41
Verwaltungsrat	41
Vorstand	42
Bestätigungsvermerk des unabhängigen	
Abschlussprüfers	43
Bericht des Verwaltungsrats	49
Aufsichtsbehörden	50
Mitgliedsunternehmen des Verbands	
öffentlicher Versicherer	51
mnraccum	E 1

Verband auf einen Blick

GESCHÄFTSJAHRE 2013 – 2017					
in Tsd. €	2017	2016	2015	2014	2013
Gebuchte Beiträge – brutto	477.474	430.446	408.941	377.161	364.107
Verdiente Beiträge – netto	330.946	304.717	298.298	282.557	270.527
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.					
(nach Veränderung der Schwankungsrückstellung)	-40.462	-30.792	-42.805	-41.064	-28.03
Ergebnis allgemeines Geschäft	54.690	37.487	45.224	45.147	42.314
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	14.228	6.695	2.419	4.084	14.283
Jahresüberschuss (nach Steuern)	2.128	1.486	1.541	1.661	1.613
in % der verdienten Nettobeiträge	0,6	0,5	0,5	0,6	0,0
Kapitalanlagen inkl. Depotforderungen	1.749.704	1.544.468	1.476.167	1.448.886	1.401.68
Laufende Bruttoverzinsung	4,1	3,0	3,7	3,5	3,5
Versicherungstechnische Rückstellungen – netto	1.679.499	1.501.261	1.434.365	1.394.532	1.350.778
davon Schwankungs- und ähnliche Rückstellungen	146.439	97.026	95.603	104.475	97.469
Eigenkapital	75.618	73.490	72.004	70.463	68.802
in % der verdienten Nettobeiträge	22,8	24,1	24,1	24,9	25,4
Schadenquote – netto in % der verdienten Nettobeiträge	52,7	65,9	65,5	61,8	73,9
Kostenquote – netto in % der gebuchten Nettobeiträge	41,0	44,4	52,8	51,3	43,;
Kombinierte Schaden-/ Kostenquote – netto					
in % der verdienten Nettobeiträge	99,1	110,4	118,4	113,1	117,

Lagebericht

AUFGABEN DES VERBANDS

Der Verband öffentlicher Versicherer ist Rückversicherer und zugleich Berufsverband. Als Rückversicherer übernehmen wir von unseren Mitgliedern, den öffentlichen Versicherern, zur Rückdeckung übertragene Risiken in der Lebens-, Haftpflicht-, Unfall- und Kraftfahrtversicherung sowie in den Sonstigen Versicherungszweigen. Hierunter werden die Luftfahrt, Eigenschaden-, Rechtsschutz-, Kranken-, Beistandsleistung- und die Restkreditversicherung zusammengefasst. Der Verband führt seine Geschäfte ohne Gewinnstreben nach genossenschaftlichen Grundsätzen. Oberstes Organ ist die Mitgliederversammlung, die unter anderem die Grundsätze für die Rückversicherung aufstellt.

Gemeinsam mit der Deutsche Rückversicherung Aktiengesellschaft bildet der Verband eine betriebliche Einheit, bewahrt dabei aber seine juristische und wirtschaftliche Selbstständigkeit. Durch die räumliche und personelle Zusammenfassung der Rückversicherungs- und Verbandsaktivitäten unter einer einheitlichen Leitung bündeln wir das Know-how über die Erst- und Rückversicherung in allen Sparten. Auf diese Weise erreichen wir eine höhere Produktivität und Effizienz bei spartenübergreifenden Aufgaben.

WIRTSCHAFTLICHES UMFELD

Die deutsche Wirtschaft und der deutsche Arbeitsmarkt zeigten sich auch im Jahr 2017 in einer äußerst soliden Verfassung. Das Jahr war gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. So stieg das Bruttoinlandsprodukt um 2,2 %. Damit verzeichnete die deutsche Wirtschaft das stärkste Wachstum seit dem Jahr 2011.

Verantwortlich für diese positive Entwicklung waren vor allem Wachstumsimpulse aus dem Inland. Die privaten Konsumausgaben stiegen 2017 um 2,0 %, die Bruttoanlageinvestitionen legten deutlich um 3,0 % zu. Dabei stiegen die Bauinvestitionen um 2,6 %, die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge um 3,5 %. Auf Wachstumskurs waren auch die Exporte von Waren und Dienstleistungen, die um 4,7 % höher lagen als im Vorjahr.

Verantwortlich für die Kauflust der Privathaushalte war neben der anhaltenden Niedrigzinsphase, der geringen Inflation und dem nach wie vor niedrigen Ölpreis die gute Situation auf dem Arbeitsmarkt. So sank die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen im Jahresdurchschnitt zum vierten Mal in Folge auf gut 2,5 Millionen Menschen, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und die Erwerbstätigkeit stiegen im Gegenzug kräftig. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren im Jahr 2017 im Durchschnitt rund 44,3 Millionen Menschen erwerbstätig, das war der höchste Stand seit der Wiedervereinigung.

DIE ENTWICKLUNG IM VERSICHERUNGSMARKT

Insgesamt übertraf die deutsche Versicherungsbranche mit einem Zuwachs über alle Sparten von 1,7 % auf 197,7 Mrd. € deutlich das Ergebnis des Vorjahres (+0,2 %). Während die Beitragseinnahmen in der Lebensversicherung nahezu auf Vorjahresniveau gehalten werden konnten, legten sie in der Schadenund Unfallversicherung wie schon im Jahr zuvor deutlich zu. Die Private Krankenversicherung verzeichnete nach moderaten Zuwächsen im Jahr 2016 wieder einen stärkeren Anstieg, vor allem in der Privaten Pflegeversicherung.

Die deutschen Schaden- und Unfallversicherer erzielten in nahezu allen Sparten einen Zuwachs bei den Beiträgen. Sie stiegen insgesamt um 2,9 % (Vorjahr +2,9 %) auf 68,2 Mrd. €. Zu dieser guten Entwicklung trugen vor allem die Kraftfahrt- und die Sachversicherung bei. Auch aufgrund eines leicht unterdurchschnittlichen Naturgefahrenjahres erhöhten sich die Leistungen moderat um 3,2 % auf 50,8 Mrd. €. Insgesamt war 2017 damit erneut ein gutes Jahr für die Schaden- und Unfallversicherer.

Die Combined Ratio in der Schaden- und Unfallversicherung bewegte sich mit 95 % auf dem Niveau der beiden Vorjahre und blieb damit weiter auf einem erfreulich auskömmlichen Stand. Insgesamt erwarten die deutschen Schaden- und Unfallversicherer einen versicherungstechnischen Gewinn von 3,4 Mrd. € (Vorjahr 3,5 Mrd. €).

Die deutschen Lebensversicherer verzeichneten einen minimalen Rückgang bei den gebuchten Beitragseinnahmen (ohne RfB) um 0,1 % auf 90,7 Mrd. €. Das Neugeschäft mit Lebensversicherungen gegen Einmalbeitrag ging nach den erwarteten Rückgängen in den beiden Vorjahren im abgelaufenen Geschäftsjahr nur um 0,5 % zurück. Die gebuchten Bruttobeiträge betrugen 26,1 Mrd. €. Das Neugeschäft gegen laufenden Beitrag sank dagegen deutlicher um 4,6 % auf 5,2 Mrd. €. An Bedeutung hat die betriebliche Altersversorgung gewonnen: Das Einmalbeitragsgeschäft stieg hier um 21,2 % auf 4,5 Mrd. €, das Neugeschäft gegen laufenden Beitrag um 2,3 % auf 1,58 Mrd. €. Nach ersten Schätzungen wird sich die Stornoquote mit 2,8 % auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres bewegen.

Die privaten Krankenversicherer steigerten ihre Beitragseinnahmen im abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich um 4,3 % auf 38,8 Mrd. €. Davon entfielen 36,5 Mrd. € auf die private Krankenversicherung (+4,1 %), 2,3 Mrd. € auf die private Pflegeversicherung (+6,1 %). Die ausgezahlten Versicherungsleistungen nahmen wie im Vorjahr um 1,6 % zu auf 27,0 Mrd. €.

ENTWICKLUNG DER KAPITALMÄRKTE

Das Jahr 2017 war an den Finanzmärkten von ungewöhnlich geringen Marktschwankungen geprägt. Eine darin zum Ausdruck kommende Sorglosigkeit der Marktteilnehmer lässt sich mit den positiven fundamentalen Rahmendaten erklären, welche das vergangene Jahr prägten. Im Gegensatz zu den Vorjahren fehlten größere exogene Belastungsfaktoren. Das konjunkturelle Umfeld präsentierte sich im Jahresverlauf immer freundlicher. Insbesondere in Europa und im Euroraum überraschte die Wirtschaftsentwicklung positiv, sodass die Wachstumsprognosen fast kontinuierlich angehoben wurden. Aber auch in anderen Wirtschaftsregionen wie den USA, Japan und zahlreichen Schwellenländern dominierten die positiven Konjunktursignale. Erstmals seit langer Zeit schwenkten viele Länder nahezu

gleichzeitig in eine wirtschaftliche Aufschwung- oder zumindest Stabilisierungsphase ein. Entsprechend wuchs die Weltwirtschaft im vergangenen Jahr um rund 3,5 % nach rund 3,1 % im Vorjahr.

Diese guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben 2017 vor allem die Aktienmärkte gestützt. Insbesondere die US-Aktienindizes erreichten neue Höchststände. Der marktbreite S&P-500-Index gewann per Saldo 19,4 %. Europäische Aktien konnten wegen anstehender Wahlen mit offenem Ausgang zunächst nicht mit ihren US-Pendants mithalten. Erst nach dem Wahlsieg von Emmanuel Macron in Frankreich erreichte auch der DAX ein neues Rekordhoch. Zusätzlich unterstützt von guten Unternehmensberichten, kletterte der DAX bis Mitte Mai auf gut 12.800 Punkte. Danach setzte allerdings eine Phase stärkerer Kursschwankungen ein, in deren Verlauf der DAX bis Ende August wieder knapp unter die Marke von 12.000 Punkten zurückfiel. Neben der Nordkorea-Krise waren dafür auch Spekulationen auf einen baldigen geldpolitischen Kurswechsel der EZB nach der "Sintra-Rede" von EZB-Chef Mario Draghi am 27. Juni und – dadurch gestützt – eine kräftige Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar verantwortlich. Belastend wirkte sich zusätzlich die Abgasdiskussion im Automobilsektor aus. Erst als sich diese Belastungsfaktoren ab September abschwächten, kam es auch an den europäischen Aktienmärkten zu einer erneuten kräftigen Erholung. Der DAX erreichte Anfang November mit gut 13.500 Punkten ein neues Rekordhoch. Das Jahr beendete der DAX bei 12.917 Zählern, einem Plus von 12,5 %.

Die Geldpolitik der Notenbanken der USA und im Euroraum war 2017 weitgehend ohne Überraschungen. Die US-Notenbank hatte für 2017 drei Zinsanhebungsschritte signalisiert und diese auch durchgeführt. Die EZB hatte frühzeitig angekündigt, ihre monatlichen Anleihekäufe ab März 2017 von 80 Mrd. € auf 60 Mrd. € pro Monat zu reduzieren, das Kaufprogramm selbst aber bis zum Jahresende beizubehalten. Die Rendite zehnjähriger US-Treasuries fiel leicht auf 2,41 %, während sich die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen von 0,21 % auf 0,42 % erhöhte. Der Euro gewann mit einem Jahresplus von 13,8 % gegenüber dem US-Dollar stark an Wert. Im August stieg der Euro zeitweise mit über 1,20 US-Dollar auf ein Jahreshoch. Einen Teil seiner Kursgewinne musste der Euro wegen Erwartungskorrekturen beiderseits des Atlantiks danach zwar wieder abgeben, zum Jahresende näherte er sich aber erneut seinem Jahreshoch.

Im Bereich der Rohstoffe hatte der Ölpreis wegen eines Förderkürzungsabkommens der OPEC und einiger Nicht-OPEC-Förderländer (NOPEC) das Jahr 2017 bei rund 57 US-Dollar je Barrel der Sorte Brent auf hohem Niveau begonnen. Bis zur Jahresmitte gab der Preis auf rund 46 US-Dollar nach. Erst in der zweiten Jahreshälfte etablierte sich wieder eine stabile Aufwärtsbewegung. Dazu beigetragen haben neben einer unerwartet großen Förderkürzungsdisziplin der OPEC- und NOPEC-Mitglieder auch eine recht zögerliche Produktionsausweitung der US-Schieferölindustrie und eine anziehende Weltkonjunktur, welche die Rohölnachfrage tendenziell wieder wachsen ließ. Für einen neuerlichen Preisschub sorgte dann gegen Jahresende 2017 eine Verlängerung des Förderkürzungsabkommens bis Ende 2018. Der Preis stieg bis zum Jahresende auf rund 67 US-Dollar, per Saldo ein Plus von 17,5 %.

Der Goldpreis zeigte sich 2017 schwankungsanfällig. Neben einer eher schwachen realen Nachfrage seitens der goldverarbeitenden Industrie profitierte das Edelmetall temporär von einer steigenden Risikoaversion der Marktteilnehmer. Dies war im Umfeld der Frühjahrswahlen in Europa der Fall, vor allem aber auf dem Höhepunkt der Nordkorea-Krise, die dem Goldpreis Mitte September zu einem Jahreshoch von rund 1.350 US-Dollar je Feinunze verhalf. Im Jahresvergleich gewann der Goldpreis mit 1.303 US-Dollar rund 13,1 % an Wert.

GESCHÄFTSVERLAUF DES VERBANDS

Beitragseinnahmen

Die Bruttobeitragseinnahmen des Verbands öffentlicher Versicherer sind im Geschäftsjahr von 430.446 Tsd. € um 47.028 Tsd. € oder 10,9 % auf 477.474 Tsd. € angestiegen. Davon entfiel auf das Nichtlebengeschäft ein Zuwachs von 58.306 Tsd. € oder 17,4 % auf 392.905 Tsd. €. Das Lebengeschäft verzeichnete einen Rückgang um 11.278 Tsd. € oder –11,8 % auf 84.569 Tsd. €. Die verdienten Beiträge für eigene Rechnung zeigten ein Plus von 26.229 Tsd. € oder 8,6 % auf 330.946 Tsd. €. Die Selbstbehaltsquote ging gegenüber dem Vorjahr von 70,9 % auf 69,1 % zurück.

Das HUK-Geschäft, das mehr als die Hälfte am Gesamtgeschäft ausmacht, wuchs im Geschäftsjahr um 33.192 Tsd. € oder 14,2 % auf 266.855 Tsd. €. Dieses Wachstum resultiert fast ausschließlich aus dem Zuwachs in der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung, der größten Sparte dieses Segments. Das Beitragsvolumen verzeichnete einen Anstieg um 33.002 Tsd. € auf 143.692 Tsd. €. Die Sparte Haftpflicht verzeichnete dagegen einen Rückgang um 1.427 Tsd. € auf 86.606 Tsd. €. In der Unfallversicherung stiegen die Beiträge um 889 Tsd. € auf 13.561 Tsd. €. Auch in der Sonstigen Kraftfahrtversicherung nahmen die Beiträge um 729 Tsd. € auf 22.996 Tsd. € zu. Die verdienten Nettobeiträge stiegen im HUK-Geschäft um 34.710 Tsd. € oder 16,0 % auf 252.141 Tsd. € an.

Auch die Sonstigen Versicherungszweige zeigten einen deutlichen Anstieg der Bruttobeiträge um 25.113 Tsd. € oder 24,9 % auf 126.050 Tsd. €. Dominiert werden die Sonstigen Versicherungszweige von der Sparte Restkredit, die einen Anteil von 96,3 % am Gesamtvolumen dieses Segments hat. Der Anstieg der Bruttobeiträge betrug 25.122 Tsd. € oder 26,1 %. Da das Restkreditgeschäft nur zu einem sehr geringen Teil im Selbstbehalt verbleibt, ergibt sich für eigene Rechnung nur ein leichter Beitragszuwachs von 276 Tsd. €. Die verdienten Nettobeiträge erhöhten sich um 162 Tsd. € auf 4.382 Tsd. €.

Die Lebenrückversicherung verzeichnete im Geschäftsjahr einen Rückgang der Bruttobeiträge um 11.277 Tsd. € auf 84.569 Tsd. €, was vor allem auf eine Änderung der Buchungsmethodik zurückzuführen ist. Für eigene Rechnung gingen die Beiträge um 8.643 Tsd. € auf 74.424 Tsd. € zurück.

BRUTTOBEITRAGSEINNAHMEN NACH VERSICHERUNGSZWEIGEN 2017	BRUTT	0	NET	то
	,	Veränderung zum Vorjahr		Veränderung zum Vorjahr
	in Tsd. €	in %	in Tsd.€	in %
Lebensversicherung	84.569	-11,8	74.424	-10,4
HUK insgesamt	266.855	+14,2	250.447	+15,1
Haftpflichtversicherung	86.606	-1,6	80.823	-1,1
Unfallversicherung	13.561	+7,0	13.153	+7,0
Kraftfahrt-Haftpflicht	143.692	+29,8	135.506	+30,9
Sonstige Kraftfahrt	22.996	+3,3	20.965	+4,3
Sonstige Versicherungszweige	126.050	+24,9	4.826	+5,1
Gesamt	477.474	+10,9	329.697	+8,0

Nettoschadenverlauf

Der Nettoschadenaufwand ist im Geschäftsjahr um 26.386 Tsd. € auf 174.518 Tsd. € gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Der Rückgang stammt überwiegend aus dem Haftpflichtgeschäft und der Sparte Leben. Aus der Abwicklung der Schadenrückstellung wurde ein höherer Gewinn von 38.176 Tsd. € (Vorjahr 20.185 Tsd. €) erwirtschaftet. Zugleich fiel der Geschäftsjahresschadenaufwand um 8.394 Tsd. € niedriger aus als im Vorjahr.

Innerhalb der Sparten zeigte sich folgende Entwicklung:

- In der Haftpflichtversicherung zeigte der Nettoschadenaufwand den deutlichsten Rückgang. Von 47.377 Tsd. € im Vorjahr ging der Aufwand im Geschäftsjahr um 22.526 Tsd. € auf 24.851 Tsd. € zurück. Aus der Abwicklung der Schadenreserven wurde im Geschäftsjahr ein Gewinn von 23.153 Tsd. € erzielt (Vorjahr 9.012 Tsd. €). Der Aufwand für Geschäftsjahresschäden ging von 56.390 Tsd. € um 8.385 Tsd. € auf 48.005 Tsd. € zurück. Die Schadenrückstellungen blieben auf Vorjahresniveau, die bilanzielle Schadenquote für eigene Rechnung ging von 58,1 % auf 30,1 % zurück.
- In der Unfallversicherung hat die Nettoschadenbelastung um 1.581 Tsd. € auf 13.318 Tsd. € leicht zugenommen. Während der Geschäftsjahresschadenaufwand um 898 Tsd. € auf 11.834 Tsd. € zurückging, gab es nach einem Abwicklungsgewinn im Vorjahr von 995 Tsd. € einen Abwicklungsverlust im Berichtsjahr von 1.484 Tsd. €. Die Nettoschadenquote, die im Vorjahr 95,6 % betrug, stieg im Geschäftsjahr auf 101,1 % an.
- Die Nettoschadenbelastung in der Kraftfahrtversicherung ist im Geschäftsjahr nur geringfügig gestiegen. Mit 109.427 Tsd. € liegt die Belastung um 615 Tsd. € über dem Vorjahresschadenaufwand von 108.812 Tsd. €. Während die Schadenbelastung in der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung um 3.892 Tsd. € auf 95.199 Tsd. € zurückgegangen ist, verzeichnete die Sonstige Kraftfahrtversicherung einen Anstieg um 4.507 Tsd. € auf 14.228 Tsd. €. Im Geschäftsjahr lag der Abwicklungsgewinn in der Kraftfahrtversicherung mit 7.208 Tsd. € um 1.590 Tsd. € unter dem Vorjahresgewinn. Der Geschäftsjahresschadenaufwand nahm dagegen um 975 Tsd. € auf 116.635 Tsd. € ab. Aufgrund des gestiegenen Beitragsvolumens reduzierte sich die Nettoschadenquote von 88,0 % auf 70,0 %.

- 8
- In den Sonstigen Versicherungszweigen (Luftfahrt-, Eigenschaden-, Rechtsschutz-, Kranken-, Beistandsleistung und Restkreditversicherung) ist der Nettoschadenaufwand um 1.432 Tsd. € auf
 3.668 Tsd. € angestiegen. Wegen des geringen Nettobeitragsvolumens schwankt die Schadenquote regelmäßig stark. Im Geschäftsjahr ging sie von 86,9 % auf 51,0 % zurück.
- Die Nettoschadenbelastung in der Lebensversicherung nahm im Geschäftsjahr um 4.626 Tsd. € auf 24.685 Tsd. € ab. Die Nettoschadenquote verbesserte sich von 35,3 % auf 33,2 %.

NETTO-SCHADENQUOTEN		
Gesamtschadenaufwand in % der verdienten Nettobeiträge	2017	2016
Lebensversicherung	33,2	35,3
HUK insgesamt	58,5	77,2
Haftpflichtversicherung	30,1	58,1
Unfallversicherung	101,1	95,6
Kraftfahrtversicherung	70,0	88,0
Sonstige Versicherungszweige	51,0	86,9
Gesamt	52,7	65,9

Kostenentwicklung

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb sind gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen. Sie enthalten aufgrund unseres Geschäftsmodells vom Geschäftsverlauf abhängige Rückgaben an die Mitgliedsunternehmen. Ein verbessertes versicherungstechnisches Ergebnis im Nichtlebengeschäft, eine Zuführung zur Schwankungsrückstellung und ein deutlich verbessertes Ergebnis im allgemeinen Geschäft führten zu erhöhten Rückgaben. In der Sparte Leben dagegen wurden geringere Rückgaben als im Vorjahr an die Mitgliedsunternehmen ausgeschüttet. Bezogen auf die Beitragseinnahmen für eigene Rechnung stieg die Nettokostenquote von 44,4 % um 2,1 Prozentpunkte auf 46,5 % an. Unseren Mitgliedsunternehmen haben wir bedingungsgemäß Rückgaben in Höhe von 77.101 Tsd. € (Vorjahr 67.485 Tsd. €) gutgeschrieben. Zusammen mit der Rückversicherungsprovision von 138.516 Tsd. € (Vorjahr 119.178 Tsd. €) zahlte der Verband somit insgesamt 215.635 Tsd. € (Vorjahr 186.682 Tsd. €) an seine Zedenten.

Die Aufwendungen für die Verwaltung der Rückversicherung stiegen auf 6.411 Tsd. € und lagen damit über dem Vorjahresniveau. Bezogen auf die Bruttobeiträge stieg der Kostensatz gegenüber dem Vorjahr von 1,22 % auf 1,34 %.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Gestiegene Nettobeiträge, ein geringerer Nettoschadenaufwand und eine erhöhte Kostenbelastung führten im Geschäftsjahr zu einem versicherungstechnischen Gewinn von 8.951 Tsd. € nach einem Verlust im Vorjahr von 29.369 Tsd. €. Die deutlich verbesserten Spartenergebnisse führten zu einer hohen Zuführung zu den Schwankungs- und ähnlichen Rückstellungen von 49.413 Tsd. € (Vorjahr 1.423 Tsd. €). Danach schloss die versicherungstechnische Rechnung mit einem Fehlbetrag von 40.462 Tsd. € (Vorjahr 30.792 Tsd. € Verlust).

KAPITALANLAGEN

Kapitalanlageergebnis

Im Berichtsjahr erzielten wir aus unseren Kapitalanlagen ein Gesamtergebnis vor Abzug des technischen Zinsertrags von 63.499 Tsd. €, das um 21.075 Tsd. € über dem Vorjahresergebnis von 42.425 Tsd. € lag.

Aus den Kapitalanlagen ohne Berücksichtigung der Depotforderungen wurden laufende Bruttoerträge in Höhe von 60.727 Tsd. € erzielt. Dies entspricht einem Mehrertrag von 19.016 Tsd. € gegenüber dem Vorjahr.

Die Ertragssteigerung basiert vor allem auf hohen Ausschüttungen aus Investmentvermögen und aus Beteiligungen. Im Geschäftsjahr 2017 wurde auf eine Thesaurierung innerhalb unseres Masterfonds verzichtet und der laufende Ertrag in voller Höhe ausgeschüttet. Somit wurden insgesamt aus den Investmentfonds 20.455 Tsd. € ausgeschüttet, nach 4.888 Tsd. € im Vorjahr. Auch aus unseren verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurde gegenüber dem Vorjahr ein um 4.025 Tsd. € höherer Ertrag ausgeschüttet.

Das weiter gestiegene Engagement in Immobilienfinanzierungen hat zu einem Ertrag aus den Grundschuldforderungen von 8.292 Tsd. € nach 6.548 Tsd. € im Vorjahr geführt. Damit zeigt sich das breit diversifizierte Portfolio des Verbands nur zum Teil abhängig vom Zinsniveau.

Die Erträge aus Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind leicht um 52 Tsd. € gesunken. Die Erträge aus sonstigen Ausleihungen sind um 2.274 Tsd. € niedriger als im Vorjahr ausgefallen.

Durch die Änderung der Buchungssystematik in der Sparte Leben werden ab dem Geschäftsjahr 2017 erstmalig Depotzinsen ausgewiesen. Der Ertrag erhöhte sich von 3.184 Tsd. € auf 6.430 Tsd. € im Geschäftsjahr.

Aus dem Abgang von Kapitalanlagen realisierten wir einen geringen Gewinn von 462 Tsd. € (Vorjahr 207 Tsd. €), dem ein unbedeutender Abgangsverlust gegenüberstand. Letzterer resultierte aus Käufen oberhalb des Nennwerts. Erträge aus Zuschreibungen wurden in Höhe von 718 Tsd. € erzielt, denen Abschreibungen in Höhe von 1.837 Tsd. € gegenüberstanden. Sie resultierten aus nicht dauerhaften Wertminderungen aufgrund von Marktpreisschwankungen.

Die laufende Bruttoverzinsung ohne Einbeziehung der Depotzinserträge betrug im Berichtsjahr 4,2 % (Vorjahr 3,1 %). Die laufende Durchschnittsverzinsung, die neben den laufenden Erträgen auch die laufenden Aufwendungen berücksichtigt, lag bei 4,0 % (Vorjahr 2,8 %). Die Marktwertrendite, die zusätzlich die Veränderung der Bewertungsreserven enthält, betrug 3,7 % (Vorjahr 4,7 %).

JAHRESÜBERSCHUSS

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit hat sich im Geschäftsjahr deutlich erhöht. Es stieg von 6.695 Tsd. € um 7.533 Tsd. € auf 14.228 Tsd. €.

Durch einen Sondereffekt in der Steuerrechnung (Änderung der Bemessungsgrundlage für die Abzinsung der Schadenrückstellungen) erhöhte sich allerdings auch der Steueraufwand gegenüber dem Vorjahr deutlich von 5.209 Tsd. € um 6.891 Tsd. € auf 12.100 Tsd. €.

Insgesamt ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 2.128 Tsd. €, der in voller Höhe den Gewinnrücklagen zugeführt wird.

VERMÖGENSLAGE

ZUSAMMENSETZUNG DES KAPITALANLAGEBESTANDS	201	17	20	16
	in Tsd. €	in %	in Tsd. €	in %
Grundstücke	4.423	0,3	4.677	0,3
Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	247.260	16,6	170.653	12,2
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	443.834	29,9	422.438	30,2
Festverzinsliche Wertpapiere	122.890	8,3	130.011	9,3
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenforderungen	186.824	12,6	136.304	9,8
Namensschuldverschreibungen, Schuld- scheinforderungen und Darlehen	464.878	31,3	503.529	36,0
Einlagen bei Kreditinstituten	15.013	1,0	30.014	2,2
Gesamt	1.485.122	100,0	1.397.626	100,0

Die Kapitalanlagen ohne Depotforderungen sind im Geschäftsjahr um 87.496 Tsd. € oder 6,3 % auf 1.485.122 Tsd. € angestiegen. Die Bruttozugänge betrugen 244.824 Tsd. €, ihnen standen Abgänge von 156.209 Tsd. € gegenüber. Den höchsten Nettozugang um 52.953 Tsd. € verzeichneten die Beteiligungen, gefolgt von den Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen mit einem Nettozugang von 50.250 Tsd. €. Der Bestand der sonstigen Ausleihungen ging dagegen um 38.651 Tsd. € auf 464.878 Tsd. € zurück.

Insgesamt nahm der Bestand der sonstigen Kapitalanlagen gegenüber dem Vorjahr um 11.143 Tsd. € zu.

Der deutliche Anstieg der Depotforderungen von 146.842 Tsd. € auf 264.583 Tsd. € resultiert aus der Änderung der Buchungssystematik in der Sparte Leben.

EIGENKAPITAL

Das nicht eingezahlte gezeichnete Kapital des Verbands betrug unverändert 13.000 Tsd. €. Mit der Einstellung des Jahresüberschusses von 2.128 Tsd. € erhöhten sich die Gewinnrücklagen zum 31. Dezember 2017 auf 75.618 Tsd. €. Sie entsprechen somit einem Anteil von 15,8 % der Bruttobeiträge (Vorjahr 17,1 %) sowie 22,9 % der Nettobeiträge (Vorjahr 24,1 %).

RATING: A+

Die Ratingagentur Assekurata hat die Bonität des Verbands öffentlicher Versicherer erneut beurteilt und diesen mit dem Rating "A+" (starke Bonität) und einem stabilen Ausblick bewertet. Die Agentur bestätigt die Ausstattung mit hohen Sicherheitsmitteln und eine sehr risikobewusste versicherungstechnische Steuerung. Der Verband verfügt über ein fortschrittliches Enterprise-Risk-Management (ERM)-Instrumentarium, das auf das Aufsichts- und Eigenmittelregime Solvency II ausgerichtet ist.

RISIKOBERICHT

RISIKOMANAGEMENT: STRATEGISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Der Verband öffentlicher Versicherer hat die Aufgabe, seinen Mitgliedern nach genossenschaftlichem Prinzip ohne Gewinnstreben einen Risikoausgleich überwiegend in den Sparten Leben und HUK zur Verfügung zu stellen. Die daraus abgeleitete Risikostrategie dokumentiert die vom Vorstand vorgegebene und jährlich überprüfte Risikotoleranz. Unsere Risikostrategie definiert die im Rahmen der Geschäftstätigkeit akzeptierten Risiken. Grundlage hierfür sind die vorhandenen risikotragfähigen Mittel der Gesellschaft.

RISIKOMANAGEMENTPROZESS: INTEGRALER BESTANDTEIL DES GESCHÄFTSBETRIEBS

Risikoidentifikation und Risikomanagement-Organisation

Alle Risiken sind in Form einer Risikolandkarte niedergelegt. Diese Darstellung orientiert sich an den Managementstrukturen, das heißt, für jedes identifizierte Risiko wird die Verantwortlichkeit eindeutig definiert. Jede Risikokategorie ist einem Ressortvorstand oder dem Gesamtvorstand verantwortlich zugeordnet.

Einmal jährlich werden in einem durch den Chief Risk Officer gesteuerten Prozess alle Risiken im Rahmen einer Risikoinventur systematisch überprüft und auf Basis von Szenarien bezüglich ihrer Schadenhöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Diejenigen Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens haben können, stehen im Fokus des weiteren Risikomanagementprozesses. Die Inventur erfolgt im Rahmen von Risiko-Workshops, die neben der strukturierten Diskussion auch ergebnisoffene Elemente zur Erkennung neuer Risiken enthalten. Die Workshops werden mit den benannten Risikoverantwortlichen und gegebenenfalls weiteren

Fach- und Führungskräften sowie gemeinsam mit Mitarbeitern der Compliance-Funktion durchgeführt. Zum Abschluss des Prozesses werden die Ergebnisse der Risiko-Workshops im Risikoausschuss zusammengeführt und zusätzlich Korrelationen und Abhängigkeiten zwischen den Risiken beurteilt. Die Risikoinventur ist Teil des ORSA-Prozesses.

Risikomessung und -bewertung

Kern unseres Risikomanagements ist die regelmäßige Analyse der Gesamtrisikosituation des Verbands öffentlicher Versicherer aus verschiedenen Risikoperspektiven. Diese sind:

- Solvency-II-Standardmodell
- HGB-Ergebnis

Die mehrjährige Hochrechnung der Risikokennzahlen bzw. die Analyse der Entwicklung der Risikosituation aus Sicht der verschiedenen Risikoperspektiven fassen wir einmal jährlich in einem Risikobericht zusammen. In Ergänzung zu den Risikokennzahlen auf Gesamtunternehmensebene werden die wesentlichen Risiken im Bereich Versicherungstechnik und Kapitalanlage durch zusätzliche Prozesse gesteuert. Kern der Risikosteuerung der Kapitalanlagen sind die monatlichen Sitzungen des Investment Committees mit der zugehörigen Berichterstattung.

Für außerordentliche Entwicklungen im Bereich der Versicherungstechnik wird neben den aktuellen Schadenmeldungen insbesondere die Entwicklung der Schadenreserven durch detaillierte Analysen kontrolliert und darüber Bericht erstattet. Damit tragen wir dem Schwerpunkt unseres Versicherungsgeschäfts im Bereich der lang abwickelnden Sparten Haftpflicht und Kfz-Haftpflicht Rechnung.

Kapitalanlagestrategie

Im Rahmen eines jährlichen Prozesses wird die Strategische Asset-Allokation unter Einbindung des Investment Committees durch den Vorstand festgelegt und ein Mindestertrag definiert.

RISIKOBERICHTERSTATTUNG UND RISIKOTRANSPARENZ

Risikobericht und ORSA-Bericht

Im Rahmen des offiziellen Risikoberichts berichtet der Chief Risk Officer einmal jährlich an den Vorstand des Verbands öffentlicher Versicherer und den Verwaltungsrat über die gesamte Risikosituation, aber auch über Exposures möglicher Einzelrisiken. In der aktuellen Version macht der Bericht die Risikosituation auf Basis der zwei Risikoperspektiven transparent. Der Risikobericht geht insbesondere auf die zeitliche Entwicklung der Risikokennzahlen und auf Treiber für Veränderungen bzw. Effekte von Maßnahmen zum Risikomanagement ein.

Der ORSA-Bericht wurde im Dezember 2017 an die BaFin gemeldet. Er dokumentiert die Ergebnisse des gesamten Risikomanagementprozesses und setzt diese in Relation zur Unternehmensplanung der nächsten drei Jahre. Der ORSA-Bericht ist durch die Aufsichtsbehörde inhaltlich vorgegeben und elementarer Bestandteil des Solvency-II-Aufsichtsprozesses.

Risikoinformationssystem

Das Risikoinformationssystem unterstützt den integrierten Risikomanagementprozess und fördert die Risikotransparenz und -kultur im Unternehmen. Die Risikomanagementorganisation und die Ergebnisse der Risiko-Workshops werden im Risikoinformationssystem dokumentiert. Für jedes identifizierte Einzelrisiko sind die Zuordnung des Verantwortlichen, die risikospezifischen Ansätze zur Analyse und Steuerung der Risiken sowie Szenarien mit Eintrittswahrscheinlichkeit und deren Brutto- und Netto-auswirkung dokumentiert. Über Risikomatrizen werden die Risiken in Bezug zu den Eigenmitteln eines Unternehmens gesetzt, um das Potenzial zur Gefährdung der risikostrategischen Limits zu analysieren. Ergänzend sind fachbereichsspezifische Dokumentationen zu Risikoanalyse und -steuerung eingebunden. Das Risikoinformationssystem steht allen Mitarbeitern zu Informationszwecken zur Verfügung.

RISIKOKONTROLLFUNKTIONEN IM RAHMEN DES RISIKOMANAGEMENTPROZESSES

Im Risikokontrollprozess des Verbands öffentlicher Versicherer spielen die folgenden Funktionen eine wesentliche Rolle:

Verwaltungsrat

Aufgabe des Verwaltungsrats ist die Überwachung des Vorstands hinsichtlich dessen Leitungsfunktion, der unter anderem auch das Risikomanagement zuzuordnen ist. Die Entwicklung bzw. Veränderung der jährlich zu überarbeitenden Risikostrategie erhält der Verwaltungsrat regelmäßig zur Kenntnis.

Vorstand

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement nebst der Einrichtung eines Frühwarnsystems. Er legt die Risikostrategie in Abstimmung mit dem Verwaltungsrat fest und überwacht laufend das Risikoprofil.

Chief Risk Officer (Risikomanagementfunktion)

Der Chief Risk Officer nimmt die Risikomanagementfunktion für den Verband wahr. Er trägt die Verantwortung für die Identifikation, Bewertung und Analyse der Risiken auf aggregierter Ebene. Er ist zudem verantwortlich für die Entwicklung von Prozessen und Methoden im Risikomanagement.

Investment Committee

Das Investment Committee stellt das Controlling der Kapitalanlagen sicher. Zum Investment Committee gehören: Vorstandsvorsitzender, Ressortvorstand Kapitalanlagen, Leiter Kapitalanlagen, Abteilungsleiter Kapitalanlagecontrolling, Abteilungsleiter Strategische Asset-Allokation, Chief Risk Officer (Leiter Konzerncontrolling und integriertes Risikomanagement) und Chief Financial Officer (Leiter Rechnungswesen). Wesentliche Aufgabe des Investment Committees ist die Überwachung des Kapitalanlagemanagements bzw. das Risikocontrolling der Markt- und Liquiditätsrisiken.

Zentrales Underwriting Management

Das Zentrale Underwriting Management ist im Ressort des Chief Underwriting Officers angesiedelt. Das Zentrale Underwriting Management formuliert die Zeichnungsrichtlinien und entwickelt die Tarifierungswerkzeuge.

Reserveaktuariat (Versicherungsmathematische Funktion)

Das Reserveaktuariat ist verantwortlich für die ökonomische Bewertung der Schadenrückstellungen. Das Reserveaktuariat entwickelt und definiert angemessene Analysewerkzeuge und führt die Bewertungsprozesse in Abstimmung mit dem Zentralen Underwriting Management durch. Diese Zusammenarbeit hat auch das gemeinsame Verständnis der Daten und Ergebnisse zum Ziel. Das Reserveaktuariat nimmt die Versicherungsmathematische Funktion im Sinne von Solvency II wahr.

Compliance-Funktion

Die Compliance-Funktion trägt die Verantwortung für die unternehmensweite Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen des Geschäftsbetriebs des Verbands. Rechtskonformität ist Grundlage für alle geschäftlichen Aktivitäten der Gesellschaft.

Interne Revision

Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen selbstständig, prozessunabhängig und risikoorientiert in den einzelnen Unternehmensbereichen die Strukturen und Geschäftsprozesse, die Einhaltung interner Richtlinien und rechtlicher Bestimmungen sowie die Ordnungsmäßigkeit der Abläufe. Die
entsprechende Funktion gemäß Solvency II wird für den Verband durch den Revisionsverantwortlichen
wahrgenommen, der in dieser Rolle berichtspflichtig gegenüber der Geschäftsleitung ist. Bei der Durchführung der Revisionen wird punktuell externe Expertise verschiedener Dienstleister in Anspruch
genommen.

WESENTLICHE RISIKEN

Grundsätzlich können Risiken in allen Bereichen, Funktionen und Prozessen auftreten. Wir strukturieren die Risiken in fünf verschiedene Risikokategorien:

- 1. Risiken in der Rückversicherung Nichtleben
- 2. Risiken in der Rückversicherung Leben
- 3. Anlage- und Kreditrisiken
- 4. Operationale Risiken
- 5. Sonstige Risiken

1. Risiken in der Rückversicherung Nichtleben

Das **Prämien-/Schadenrisiko** umfasst das Risiko, dass Kosten oder zu leistende Entschädigungen höher sein können, als bei der Kalkulation der Prämien unterstellt wurde.

Das **Reserverisiko** beschreibt das Risiko, dass die gebildeten Reserven nicht ausreichen, da eingetretene Schäden noch nicht bekannt oder bekannte Schäden nicht ausreichend reserviert sind. Außerordentliche Ereignisse bezüglich der Frequenz oder der Höhe von Schäden können zu nicht oder zu gering kalkulierten Reserven führen.

Das **Retrozessionsrisiko** umfasst das Risiko, dass die Struktur des eingekauften Retrozessionsschutzes nicht effizient ist und das Unternehmen überdurchschnittlich belastet wird oder dass der Retrozessi-

onsschutz nicht ausreichend ist und im Falle eines Extremereignisses (Kumulschäden, Terrorereignisse u. a.) einen bestandsgefährdenden Anteil an Schadenforderungen nicht abdeckt.

2. Risiken in der Rückversicherung Leben

In der Lebensversicherung sind die **biometrischen Risiken** von besonderer Bedeutung. Neben eigenen Analysen und statistischen Auswertungen richten wir uns nach den Rechnungsgrundlagen unserer Zedenten sowie nach den Wahrscheinlichkeitstafeln der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV). Die Überprüfung der derzeit verwendeten Sterbetafeln kann künftig zu zusätzlichem Rückstellungsbedarf führen. Nach unserer Einschätzung ist die Höhe der Rückstellungen ausreichend und angemessen und enthält auch künftig ausreichende Sicherheitsaufschläge.

Das **Prämien-/Schadenrisiko** stellt das Risiko dar, dass Kosten oder zu leistende Entschädigungen höher sein können, als es bei der Kalkulation der Prämien unterstellt worden war. Außerordentliche Ereignisse (Kumulschäden, Terrorereignisse u. a.) können zu nicht oder zu gering einkalkulierten Schadenzahlungen führen.

Unter dem **Reserverisiko** ist das Risiko zu verstehen, dass die gebildeten Reserven nicht zur Abwicklung der Schäden ausreichen.

Für **Terrorschäden** wird ein angemessenes Risikomanagement betrieben. Bestandsgefährdende Extremereignisse sind aufgrund der hohen Diversifikation des Portfolios und der im Verhältnis kleinen Risikodeckungen praktisch ausgeschlossen.

Zinsgarantierisiken und Stornorisiken spielen nur eine untergeordnete Rolle, da entsprechende Risiken im Rahmen der Geschäftsstrategie des Verbands öffentlicher Versicherer nicht gezeichnet werden.

Instrumente zur Risikolimitierung

Um die Risiken in der Rückversicherung Leben und der Rückversicherung Nichtleben zu steuern, setzt der Verband öffentlicher Versicherer verschiedene Instrumente zur Risikolimitierung ein. Die wichtigsten sind:

Zeichnungsrichtlinien und -limits

Die Zeichnungsrichtlinien regeln detailliert, welcher Verantwortungsbereich welche Rückversicherungsverträge in welcher Größenordnung zeichnen darf. Die Durchgängigkeit des Vier-Augen-Prinzips ist in den Zeichnungsrichtlinien geregelt. Weiterhin werden Haftungshöchstgrenzen festgelegt und regelmäßig überwacht. Laufende Profitabilitätsmessungen sowie Kumulkontrollen sorgen zudem dafür, dass die Risiken beherrschbar bleiben.

Retrozession

Zentrales Instrument zur Risikobegrenzung ist die Retrozession. Das Unternehmen verfügt über einen angemessenen Retrozessionsschutz. Aufgrund der Analysen und des auf unsere individuellen Bedürfnisse abgestellten Retrozessionsprogramms wird sichergestellt, dass zum einen jederzeit eine ausreichende Deckung für Großschäden vorhanden ist und zum anderen die Kosten der Retrozession wirtschaftlich sind.

Prüfung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Die Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus eingegangenen Verpflichtungen werden regelmäßig mit aktuariell anerkannten Methoden überprüft und die Abwicklung wird laufend überwacht. Die Ergebnisse der Reserveanalysen werden in einem jährlichen Bericht zusammengefasst und dem Vorstand vorgestellt.

Schadenquoten und Abwicklungsergebnisse

Das Ergebnis der systematischen Steuerung und Überwachung der versicherungstechnischen Risiken ist durch die Tabelle der Schadenquoten und Abwicklungsergebnisse dokumentiert. In ihr sind die entsprechenden Quoten für eigene Rechnung des Verbands öffentlicher Versicherer über die letzten zehn Jahre dargestellt.

SCHADENQUOTEN UND ABWICKLUNG	SERGEBNI	SSE NETT	D EINSCHL	LIESSLICH	LEBEN					
Angaben in %	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008
Schadenquoten der verdienten Beiträge	52,7	65,9	65,5	61,8	73,9	68,9	69,6	63,3	73,9	63,3
Abwicklungsergebnisse der Eingangsschadenrückstellung	2,7	1,5	0,7	0,7	0,8	-0,2	0,3	1,9	0,3	3,2

3. Anlage- und Kreditrisiken

Aus der Kapitalanlage und der Retrozession von Versicherungsgeschäften ergeben sich folgende Anlage- und Kreditrisiken:

Marktpreisrisiken: Sie können aus dem potenziellen Verlust aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen, insbesondere an den Aktien-, Immobilien- und Zinsmärkten, entstehen. Zinsänderungen betreffen dabei ökonomisch nicht nur Aktiva, sondern auch die Passiva der Bilanz. Aus dem Ungleichgewicht zwischen den Ablaufstrukturen von Aktiva und Passiva resultiert ein ökonomisches Risiko.

Kredit- und Bonitätsrisiken: Aufgrund von Veränderungen in der Einschätzung der Kreditwürdigkeit von Emittenten oder Vertragspartnern kann sich der Wert bestehender Forderungen vermindern. Neben den Kreditrisiken, die sich aus dem Kauf von Kapitalanlagen ergeben, spielt das Ausfallrisiko von Retrozessionären eine wichtige Rolle.

Liquiditätsrisiken: Nicht zeitgerechte Liquiditätszu- und -abflüsse können nicht geplante Verkäufe von Kapitalanlagen erforderlich machen. Je nach Handelbarkeit der verschiedenen Kapitalanlagen kann dies zu unterschiedlich hohen Opportunitätskosten aufgrund von Preisabschlägen bzw. Verlusten führen.

Währungsrisiken: Aufgrund von Inkongruenzen zwischen Kapitalanlagen und versicherungstechnischen Verpflichtungen kann es bei Veränderungen von Währungskursen zu Verlusten kommen. Auch bei einer kongruenten Anlagestrategie können Risiken aufgrund von Fehleinschätzungen in Bezug auf die Höhe von Schadenrückstellungen bestehen.

Instrumente zur Steuerung und Überwachung der Investment- und Kreditrisiken

Unser Kapitalanlagemanagement erfolgt nach den Grundsätzen einer angemessenen Rentabilität in Verbindung mit einem hohen Maß an Sicherheit. Neben der notwendigen Risikostreuung ist eine jederzeit ausreichende Liquidität der Investments aufrechtzuerhalten. Diese Grundsätze werden durch ein laufendes Reporting überwacht und die Bestände regelmäßig bewertet. Unsere Portfoliomanager arbeiten nach Anlagerichtlinien, die regelmäßig überprüft und dem sich wandelnden Umfeld angepasst werden. Darüber hinaus werden die Funktionen Kapitalanlage und Zahlungsverkehr in voneinander getrennten organisatorischen Einheiten wahrgenommen.

Stresstests und Value-at-Risk-Analysen zur Bewertung von Marktrisiken

Für Rentenbestände und Aktien messen wir die Marktpreisrisiken mit Stresstests, in denen die Auswirkungen unerwarteter Marktschwankungen simuliert werden. Neben den durch die Aufsicht vorgegebenen Stresstests analysiert der Verband öffentlicher Versicherer historische Ereignisse und bildet deren Entwicklung auf sein aktuelles Anlageportefeuille ab. Zusätzlich werden die Marktrisiken aller Aktiva und aller marktrisikobehafteter Passiva durch VaR-Analysen auf Basis eines ökonomischen Szenario-Generators bewertet und gesteuert.

Ratinguntergrenze zur Beschränkung von Kreditrisiken

Bei den festverzinslichen Anlagen wird eine Kreditbeurteilung der Emittenten/Emissionen – z. B. anhand von Ratings anerkannter Ratingagenturen – vorgenommen. Bei fehlenden externen Ratinginformationen wird ein internes Rating mittels geeigneter Unterlagen oder aufgrund bestehender Sicherungsinstrumente wie einer bestehenden Deckungsmasse oder Garantie- und Bürgschaftszusagen erstellt. Grundsätzlich ist ein "A-" die Ratinguntergrenze für Neuinvestitionen der Direktanlage. Als Beurteilungskriterium festverzinslicher Anlagen dient, falls kein offizielles Rating vorliegt, die Absicherung einer Emission durch Sondervermögen, zum Beispiel bei Pfandbriefen.

Darüber hinaus erfolgt eine breite Streuung der Emittentenrisiken. Gleichzeitig beachten wir Obergrenzen pro Emittent, die wir unter Berücksichtigung der jeweiligen Eigenkapitalausstattung laufend überwachen und anpassen.

Auswahl der Rückversicherer (Retrozessionäre)

Die Kreditrisiken aus der Retrozession ergeben sich aus Forderungen gegenüber Rückversicherern und Zedenten. Wir minimieren diese Risiken, indem wir die Rückversicherer unter Berücksichtigung ihrer aktuellen Ratings sowie weiterer Kriterien auswählen.

Liquiditätsplanung

Den Risiken durch nicht vorhersehbare Liquiditätserfordernisse begegnen wir durch eine ausgewogene Fälligkeitsstruktur der Kapitalanlagen. Die zu erwartenden Liquiditätszu- und -abflüsse finden ihren Niederschlag in der laufenden Anlageplanung.

Anlagepolitik

Sinkende Zinssätze führen zu Marktwertsteigerungen der festverzinslichen Wertpapiere, steigende Zinssätze dagegen zu Marktwertverlusten. Durch den hohen Anteil festverzinslicher Wertpapiere im Portfolio ist der Verband öffentlicher Versicherer grundsätzlich diesem Risiko ausgesetzt. Eine an die

Verbindlichkeiten angepasste Laufzeitsteuerung der Anlagen ermöglicht uns, die Papiere bis zur Fälligkeit zu halten und dadurch bilanzielle Verluste zu vermeiden.

4. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind Risiken in betrieblichen Systemen oder Prozessen, die durch menschliches Verhalten und technisches Versagen verursacht werden oder auf externe Einflussfaktoren zurückzuführen sind.

Beim Verband öffentlicher Versicherer werden folgende operationelle Risiken unterschieden:

- · Risiken aus Betriebsablauf und IT-Sicherheit
- · Risiken aus Personal und Arbeitssicherheit
- Risiken aus Compliance
- · Risiken aus Prozessen und Modellen

Instrumente zur Steuerung operationeller Risiken

Die operationellen Risiken werden über ein internes Kontrollsystem und über eine spezifische Berichterstattung, die Teil des Gesamtrisikoberichts ist, kontrolliert und gesteuert. Die Interne Revision ergänzt durch unabhängige Untersuchungen die internen Risikoanalysen von Organisation und Prozessen.

IT-Sicherheitskonzepte und Notfallpläne

Ein umfassendes Sicherheitskonzept gewährleistet die Sicherheit im IT-Bereich. Moderne Hard- und Software unterstützen die Verfügbarkeit und Integrität aller Systeme und Programme. Regelmäßige Überprüfungen der Netzwerksicherheit, permanente Weiterentwicklung des Sicherheitskonzepts sowie Notfallpläne sorgen für die ständige Verfügbarkeit und die Datensicherheit der eingesetzten Systeme. Ein Krisenkommunikationskonzept stellt die Kommunikation im Notfall sicher.

Kartellrechts-Compliance-Richtlinie

Compliance-Risiken sind Risiken, die aus der Missachtung vertraglicher Vereinbarungen oder rechtlicher Rahmenbedingungen resultieren. Der Verband hat eine Kartellrechts-Compliance-Richtlinie erlassen, die das Verhalten der Mitarbeiter bezüglich kartellrechtlich relevanter Themen definiert und entsprechende Verfahrensweisen festlegt. Alle Mitarbeiter, deren Tätigkeiten dem Kartellrecht unterliegen, sind entsprechend geschult.

Vollmachtenordnung

Die Vollmachten aller Mitarbeiter sind durch die Abteilungs- bzw. Bereichsleiter mit dem jeweils zuständigen Ressortvorstand festgelegt und kommuniziert worden. Die Abteilung Betriebsorganisation überwacht die Einhaltung der entsprechenden Vollmachten. Verschiedene Reglemente steuern und begrenzen die operationellen Risiken in der Versicherungstechnik und Kapitalanlage. Sie geben sowohl die individuellen Vollmachten der Mitarbeiter als auch die Instrumente und deren Limitierungen vor.

5. Sonstige Risiken

Strategische Risiken

Strategische Risiken können durch inadäquate geschäftspolitische Entscheidungen entstehen und die langfristige Fortführung der Geschäftstätigkeit gefährden. Grundlegende geschäftspolitische Entscheidungen werden satzungsgemäß mit dem Verwaltungsrat abgestimmt. Darüber hinaus werden wichtige strategische Themen mit den Mitgliedern der ersten Führungsebene regelmäßig erörtert.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko der Verschlechterung des Ansehens des Unternehmens bei Kunden, in der Öffentlichkeit, bei Eigentümern oder anderen Stakeholdern wie Aufsichtsbehörden.

Instrumente zur Steuerung der sonstigen Risiken

Zur Steuerung des Reputationsrisikos werden sämtliche Kontakte zu Medien zentral über die Abteilung Kommunikation und Presse koordiniert, die in enger Abstimmung mit dem Vorstandsvorsitzenden agiert. Zur Optimierung der Kommunikationsprozesse und zur Vorbereitung der Kommunikation in Krisenfällen wurden Grundsätze der Regel- und Krisenkommunikation implementiert.

Darüber hinaus wird eine tägliche Medienbeobachtung durchgeführt, um reputationsgefährdende Berichterstattung zu identifizieren und Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Die oben stehenden Ausführungen beschreiben ein eng verzahntes System von Steuerungsmaßnahmen, das der Verband öffentlicher Versicherer zum Management seiner Risiken entwickelt hat, die potenziell einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben. Gleichwohl sind zu Zwecken einer Gesamtbetrachtung immer auch die sich aus der Geschäftstätigkeit ergebenden Chancen zu berücksichtigen, die den Risiken gegenüberstehen. Unser Risikomanagementsystem gewährleistet eine effiziente und effektive Steuerung der Risiken unserer Gesellschaft. Auf Basis der aktuellen Erkenntnisse sehen wir keine Risiken, die den Fortbestand des Verbands öffentlicher Versicherer gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich und nachhaltig beeinträchtigen können.

CHANCENBERICHT

Das Geschäftsjahr 2017 hat die Qualität und Leistungsfähigkeit der Verbandsrückversicherung erneut unter Beweis gestellt. Neben den erfreulich hohen Rückgaben an die Kunden der Verbandsrückversicherung konnte gleichzeitig deutlich Substanz aufgebaut werden. Auf dieser Basis sieht der Verband gute Chancen, die vertrauensvollen Vertragsbeziehungen mit seinen Mitgliedsunternehmen weiterzuführen.

PROGNOSEBERICHT

Für das Geschäftsjahr 2018 erwarten wir im Nichtlebengeschäft ein im Vergleich zum abgelaufenen Geschäftsjahr rückläufiges Nettobeitragsvolumen. Auch in der Lebenrückversicherung gehen wir von einem moderaten Beitragsrückgang aus. Insgesamt werden die Beitragseinnahmen 2018 unter denen des Jahres 2017 liegen.

Entscheidend für das versicherungstechnische Ergebnis des Verbands wird auch für das Jahr 2018 die Abwicklungssituation sein. Sie wird im Wesentlichen von der Dotierung der Vorjahres-Schadenrückstellungen durch die Kunden bestimmt. Nach einer hohen Zuführung zur Schwankungsrückstellung in 2017 erwarten wir für das laufende Geschäftsjahr eine Entnahme.

Das Kapitalanlageergebnis wird voraussichtlich das Vorjahresergebnis übertreffen. Zu- oder Abschreibungen werden nach heutigem Kenntnisstand saldiert keine große Auswirkung auf die Erfolgsrechnung haben.

Aus der Veräußerung von Kapitalanlagen erwarten wir saldiert einen Gewinn. Der Kapitalanlagebestand wird zum Jahresende gemäß unserer Prognoserechnung über dem Anlagebestand des abgelaufenen Geschäftsjahres liegen.

Für das Geschäftsjahr 2018 erwarten wir wieder ein positives Ergebnis. Dies bietet uns erneut die Chance einer weiteren Substanzstärkung und wird darüber hinaus unseren Zedenten in Form zusätzlicher Rückgaben zugutekommen.

DANK

Den Vorständen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Mitgliedsunternehmen danken wir für die vertrauensvolle und harmonische Zusammenarbeit. Unser Dank gilt ebenso allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihr ständiger und engagierter Einsatz ist eine ganz wesentliche Voraussetzung für den Erfolg des Verbands.

Düsseldorf, den 23. April 2018

Der Vorstand

Jahresabschluss

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

AKTIVSEITE				
n€	2017	7	201	6
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutz- rechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		560.239		589.09
B. Kapitalanlagen				
l. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.422.589		4.677.432	
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
Anteile an verbundenen Unternehmen	69.468.315		45.742.835	
2. Beteiligungen	177.791.436		124.909.837	
	247.259.751		170.652.672	
III. Sonstige Kapitalanlagen				
Aktien, Anteile oder Aktien an Investment- vermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	443.833.608		422.437.658	
Inhaberschuldverschreibungen und andere fest- verzinsliche Wertpapiere	122.889.770		130.010.919	
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	186.824.182		136.303.898	
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	249.774.072		267.586.377	
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	213.709.879		234.549.100	
c) Übrige Ausleihungen	1.393.771		1.393.771	
	464.877.722		503.529.248	
5. Einlagen bei Kreditinstituten	15.013.494		30.014.138	
	1.233.438.776		1.222.295.861	
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	264.583.000	1.749.704.116	146.842.317	1.544.468.28
C. Forderungen				
I. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversiche- rungsgeschäft	63.012.895		106.469.092	
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht: 59.046.144 € (Vorjahr 56.213.631 €)				
II. Sonstige Forderungen	10.026.377	73.039.272	18.274.355	124.743.44
davon an verbundene Unternehmen: 133.756 € (Vorjahr 109.837 €)				
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht: 928.748 € (Vorjahr 82.966 €)				
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte	956.350		682.879	
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	57.345.927	58.302.277	37.173.206	37.856.0
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	11.442.953		12.368.217	
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	419.298	11.862.251	433.536	12.801.7
Summe der Aktiva		1.893.468.155		1.720.458.66

PASSIVSEITE

in €		2017	7	2016	5
A. E	Eigenkapital				
I.	. Eingefordertes Kapital Gezeichnetes Kapital	13.000.000		13.000.000	
	abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	-13.000.000		-13.000.000	
		0		0	
I	I. Gewinnrücklagen				
	Satzungsmäßige Rücklage	72.744.382		70.616.532	
	2. Andere Gewinnrücklagen	2.873.477		2.873.477	
		75.617.859		73.490.009	
I	II. Bilanzgewinn	0	75.617.859	0	73.490.009
B. \	/ersicherungstechnische Rückstellungen				
I.	. Beitragsüberträge				
	1. Bruttobetrag	157.106.462		128.776.121	
	davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	148.659.406		119.079.442	
	gegebene versicherungsgeschaft	8.447.056		9.696.679	
	I. Rückstellung für noch nicht	0.447.030		9.090.079	
	abgewickelte Versicherungsfälle				
	1. Bruttobetrag	1.764.195.462		1.611.742.502	
	davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	240.094.920		217.696.279	
		1.524.100.542		1.394.046.223	
I	II. Rückstellung für erfolgsabhängige und				
	erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
	1. Bruttobetrag	488.918		458.416	
	davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	3.636		3.564	
		485.282		454.852	
ľ	V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	146.438.803		97.025.667	
١.	/. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
	1. Bruttobetrag	406.993		335.823	
	davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	380.114		298.106	
		26.879	1.679.498.562	37.717	1.501.261.138
C. <i>A</i>	Andere Rückstellungen				
I.	. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	26.510.751		23.607.829	
	I. Steuerrückstellungen	10.428.201		6.358.445	
	II. Sonstige Rückstellungen	3.379.266	40.318.218	2.611.608	32.577.882
D. [Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		53.193.502		41.784.951
E. <i>A</i>	Andere Verbindlichkeiten				
I.	. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	33.497.931		65.538.822	
•	davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 22.073.117 € (Vorjahr 8.021.632 €)				
I	I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.820.000		0	
II.	II. Sonstige Verbindlichkeiten	5.128.399	43.446.330	4.480.026	70.018.848
	davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 82.190 € (Vorjahr 115.568 €)				
	davon aus Steuern: 621.555 € (Vorjahr 771.217 €)				
	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 5.775 € (Vorjahr 2.700 €)				
F. F	Rechnungsabgrenzungsposten		1.393.684		1.325.837
Sum	me der Passiva		1.893.468.155		1.720.458.665

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2017

POSTEN in € 2016 2017 Versicherungstechnische Rechnung 1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung a) Gebuchte Bruttobeiträge 477.473.868 430.445.846 b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge 147.777.282 125.148.588 329.696.586 305.297.258 c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge -28.330.340 -22.446.498 d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen 21.866.726 29.579.964 -579.772 1.249.624 330.946.210 304.717.486 2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung 6.081.567 2.403.889 3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung a) Zahlungen für Versicherungsfälle aa) Bruttobetrag 57.139.138 153.740.565 bb) Anteil der Rückversicherer 12.675.575 17.782.639 44.463.563 135.957.926 b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle 152.452.961 82.018.476 aa) Bruttobetrag bb) Anteil der Rückversicherer 22.398.641 17.072.345 130.054.320 64.946.131 200.904.057 174.517.883 4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen 10.838 -8.166 5. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung 245.582 173.042 6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung Bruttoaufwendungen für den 222.045.744 191.969.126 Versicherungsbetrieb davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinn-beteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft 68.721.529 56.563.708 153.324.215 135.405.418 7. Zwischensumme 8.950.935 -29.369.308 8. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen -49.413.137 -1.422.811 9. Versicherungstechnisches Ergebnis -30.792.119 für eigene Rechnung -40.462.202

POSTEN in € 2017 2016 Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung -40.462.202 -30.792.119 II. Nichtversicherungstechnische Rechnung 1. Erträge aus Kapitalanlagen a) Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen: 561.275 € (Vorjahr 11.504 €) 4.922.616 897.965 b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken 1.795.823 1.891.042 bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen 60.438.119 42.105.411 62.233.942 43.996.453 c) Erträge aus Zuschreibungen 717.835 1.017.964 d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen 461.691 68.336.084 206.770 46.119.152 2. Aufwendungen für Kapitalanlagen a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Auf-2.998.675 2.690.123 wendungen für die Kapitalanlagen 1.837.407 1.003.169 b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen 643 4.836.725 362 3.693.654 3. Technischer Zinsertrag 3.771.009 7.423.333 56.076.026 38.654.489 4. Sonstige Erträge 17.040.285 13.760.806 5. Sonstige Aufwendungen 18.425.989 -1.385.704 14.928.481 -1.167.675 6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit 6.694.695 14.228.120

12.143.821

-43.551

12.100.270

2.127.850

2.127.850

0

7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

10. Einstellungen in Gewinnrücklagena) in satzungsmäßige Rücklagen

8. Sonstige Steuern

9. Jahresüberschuss

11. Bilanzgewinn

5.166.345

42.719

5.209.064

1.485.631

1.485.631

Anhang

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Grundlagen der Bilanzierung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden unter Anwendung des Handelsgesetzbuchs (HGB), der Verordnung für die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV), des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) und des Aktiengesetzes (AktG) erstellt.

Umstellung der Buchungssystematik in der Sparte Leben

Der Verband hat im Geschäftsjahr 2017 das Meldeverfahren und das Abrechnungsmuster in der Sparte Leben mit seinen Zedenten geändert. Im Jahr 2017 konnte damit erstmals vollständig und detailliert auf die versicherungstechnischen Daten der Zedenten zurückgegriffen werden. Durch die qualitativ verbesserte Datenlieferung der Zedenten erfolgt ein genauerer Ausweis einiger Bilanz- und GuV-Positionen.

So werden erstmals die Depots für die Invalidendeckungsrückstellung und die damit verbundenen technischen Zinsen separat ausgewiesen und nicht wie in den Vorjahren auf der Beitrags- und Schadenseite verrechnet. Ab dem Bilanzjahr 2017 erfolgt eine differenzierte Bilanzierung mit dem Ausweis der Renten-Deckungsrückstellung, den Depotforderungen und den einhergehenden Depotzinsen und technischen Zinserträgen. Die Umstellung führt zu einer Bilanzverlängerung in Höhe von 111.699 Tsd. € aus der Bilanzierung der Renten-Deckungsrückstellung Leben und dem korrespondierenden Ausweis von Depotforderungen. Durch die Umstellung ergibt sich eine einmalige Ausweisänderung der Beitragseinnahmen und Schadenzahlungen in der Sparte Leben. Insgesamt ergibt sich durch die verbesserte Auswertung der Datenbasis aber kein Effekt auf das versicherungstechnische Ergebnis.

Die Abrechnungen mit den Retrozessionären wurden entsprechend angepasst.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten aktiviert. Die Abschreibung erfolgt linear entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer.

Kapitalanlagen

Die Grundstücke werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der zulässigen linearen und gegebenenfalls außerplanmäßigen Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 HGB bewertet.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten bzw. mit dem niedrigeren Wert, der am Abschlussstichtag beizulegen ist, bilanziert. Dazu werden die aktuellen wirtschaftlichen Verhältnisse der Beteiligungsunternehmen analysiert und bei der Bewertung – soweit vorhanden – Planungen für die folgenden Geschäftsjahre berücksichtigt. Abschreibungen werden aufgrund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorgenommen.

Die Aktien, Anteile an zwei Investmentfonds (insbesondere die Anteile am Masterfonds) und ein Immobilienanleihefonds sowie fast 96 % der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere werden im Anlagevermögen gehalten. Sie sind zu Anschaffungskosten aktiviert und werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Grundsätzen bewertet. Abschreibungen werden aufgrund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung unter Berücksichtigung des Wertaufholungsgebots vorgenommen.

Die Anteile an sechs Investmentfonds und zwei Immobilienfonds sowie die restlichen festverzinslichen Wertpapiere sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB, nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Berücksichtigung des Wertaufholungsgebots bewertet.

Bei den Hypotheken- und Grundschuldforderungen handelt es sich um grundschuldmäßig gesicherte Darlehen, die grundsätzlich zu den fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich geleisteter Tilgungen bilanziert sind.

Namensschuldverschreibungen werden gemäß § 341c Abs. 1 HGB mit ihrem Nennbetrag angesetzt, wobei Agio- und Disagiobeträge durch Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt werden.

Schuldscheinforderungen und Darlehen, ein Teil der Grundschuldforderungen sowie übrige Ausleihungen werden gemäß § 341c Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der Effektivzinsmethode bilanziert. Zu den Anschaffungskosten wird die kumulierte Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag hinzugezogen bzw. abgezogen.

Einlagen bei Kreditinstituten und Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft sind mit den Nominalbeträgen ausgewiesen.

Bewertungseinheiten

Sicherungsgeschäfte des Verbands öffentlicher Versicherer werden zusammen mit den dazugehörigen Grundgeschäften gemäß § 254 HGB in Verbindung mit IDW RS HFA 35 bilanziell als Bewertungseinheit abgebildet. Als Bewertungseinheit wird nach diesen Vorschriften die für bilanzielle Zwecke vorgenommene Zusammenfassung von Vermögensgegenständen, Schulden, schwebenden Geschäften oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktionen (sogenannten Grundgeschäften) mit originären oder derivativen Finanzinstrumenten (sogenannten Sicherungsgeschäften) zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken bezeichnet.

Bei der Bilanzierung von Bewertungseinheiten nach den Regeln von § 254 HGB wird auf die bilanzielle Erfassung unrealisierter Verluste, die aus abgesicherten Risiken resultieren, bei den Komponenten (einzelnen Geschäften) der Bewertungseinheit verzichtet, soweit diesen Verlusten unrealisierte Gewinne aus anderen Komponenten (Geschäften) der Bewertungseinheit in gleicher Höhe gegenüberstehen. Dies erfolgt in dem Umfang und für den Zeitraum, in dem sich gegenläufige Wertänderungen aus dem Grundgeschäft und dem Sicherungsgeschäft in Bezug auf das abgesicherte Risiko ausgleichen.

Auf dieser Grundlage ermittelt der Verband öffentlicher Versicherer für jede Bewertungseinheit zum Bilanzstichtag die Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften. Die Wertänderungen werden dabei in Wertänderungen für abgesicherte Risiken und Wertänderungen für nicht abgesicherte Risiken differenziert. Die Wertänderungen für abgesicherte Risiken (wirksamer Teil) werden auf Basis der Einfrierungsmethode verrechnet und nicht bilanziert. Sofern sich aus dem nicht wirksamen Teil für das abgesicherte Risiko ein unrealisierter Gewinn ergibt, bleibt dieser unberücksichtigt. Für einen sich ergebenden Verlust aus dem nicht wirksamen Teil des abgesicherten Risikos wird eine entsprechende Rückstellung gebildet. Wertänderungen, die auf nicht gesicherte Risiken entfallen, werden unsaldiert entsprechend den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der zugrunde liegenden Geschäfte behandelt.

Die Bildung einer Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) wird dokumentiert. Diese Dokumentation enthält die Sicherungsabsicht, die Art des abzusichernden Risikos und das Sicherungsziel sowie die wesentlichen Vertragsdaten von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument. Darüber hinaus wird dokumentiert, dass das Sicherungsinstrument zum Zeitpunkt der Herstellung der Sicherungsbeziehung und während ihres Bestehens objektiv zur Absicherung des spezifizierten Risikos geeignet ist und somit die voraussichtliche (prospektive) Wirksamkeit besteht.

Die prospektive Beurteilung der Effektivität der Sicherungsbeziehung sowie die rückwirkende Ermittlung der Wirksamkeit der Bewertungseinheit erfolgen durch den Vergleich der wesentlichen Bedingungen bzw. bewertungsrelevanten Parameter zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft (Critical-Terms-Match-Methode). Der Verband öffentlicher Versicherer hat zum Bilanzstichtag ausschließlich Micro-Hedges zur Sicherung von Währungskurschwankungen gebildet, bei denen Grund- und Sicherungsgeschäft grundsätzlich demselben Risiko (Währungsidentität) unterliegen und Wertänderungen sich diesbezüglich in Höhe des abgesicherten Risikos vollständig ausgleichen. Diese Micro-Hedges werden dauerhaft bzw. über die verbleibende Restlaufzeit der Grundgeschäfte gebildet. Die gegenläufigen Wertänderungen in den Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten haben sich im Geschäftsjahr vollständig ausgeglichen und werden sich auch künftig voraussichtlich vollständig ausgleichen.

Die Absicherung des Währungsrisikos wird durch den Verkauf der entsprechenden Währungen auf Termin dargestellt (Devisentermingeschäfte). Der Zinseffekt aus diesen Devisentermingeschäften ist nicht Teil der Bewertungseinheiten und wird jeweils getrennt laufzeitanteilig ergebniswirksam erfasst. Da die Laufzeiten der Grundgeschäfte und Devisentermingeschäfte (Sicherungsinstrumente) nicht kongruent sind, werden vor Fälligkeit der Devisentermingeschäfte auf rollierender Basis jeweils weitere Devisentermingeschäfte abgeschlossen. Die bei der Prolongation der Devisentermingeschäfte anfallenden Zahlungsströme werden erfolgsneutral in einem Ausgleichsposten gebucht oder mit dem Buchwert des Grundgeschäfts verrechnet.

Bilanzposition	Art der Bewertungseinheit	Gesichertes Risiko	Höhe der abgesicherten Risiken
Beteiligungen Buchwert: 18.090 Tsd. EUR	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko Währungsrisiko US-Dollar (USD)	20.337 Tsd. USD 16.958 Tsd. EUR
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere Buchwert: 8.648 Tsd. EUR	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko Währungsrisiko Dänische Kronen (DKK)	63.536 Tsd. DKK 8.534 Tsd. EUR

Mit den Bewertungseinheiten werden am Bilanzstichtag Wertänderungsrisiken (Währungsrisiken) mit einem Gesamtvolumen von 25.492 Tsd. € abgesichert.

Forderungen

Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft, sonstige Forderungen sowie laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand werden mit den Nominalbeträgen abzüglich ausreichender Wertberichtigungen angesetzt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sachanlagen und Vorräte werden zu Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter zwischen 150 € und 410 € werden im Jahr des Zugangs in voller Höhe abgeschrieben.

Aktive latente Steuern

Für temporäre Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz wurden die entsprechenden Steuerbelastungen und Steuerentlastungen ermittelt. Insgesamt ergibt sich nach Saldierung ein Überhang an aktiven latenten Steuern, der sich in erster Linie aus der Bewertung der Schadenrückstellung, thesaurierten Fondserträgen und der Pensionsrückstellung ergibt. Steuerliche Verlustvorträge waren nicht zu berücksichtigen. Für die Berechnung der latenten Steuern wurde im Berichtsjahr ein Durchschnittssteuersatz von 31,225 % angewendet. In Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB hat der Verband auf den Ansatz der aktiven latenten Steuern in der Bilanz verzichtet.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Beitragsüberträge für das in Rückdeckung übernommene und das in Rückdeckung gegebene Geschäft in der HUK-Versicherung, der Luftfahrtversicherung sowie in den Sonstigen Versicherungszwei-

gen wurden aufgrund der Angaben der Vorversicherer unter Beachtung der Rückversicherungsverträge und aufsichtsbehördlicher Vorschriften errechnet. Da in der Lebensversicherung die Abrechnung auf der Basis der verdienten Beiträge erfolgt, wurden hier keine Beitragsüberträge bilanziert.

Sowohl für das übernommene als auch für das abgegebene Geschäft basiert die Höhe der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, die sich aus der Rückstellung für Entschädigungen und der Rentendeckungsrückstellung zusammensetzt, grundsätzlich auf den Angaben der Zedenten. Ausgehend von Erfahrungswerten wurden die Rückstellungsbeträge für Haftpflicht- und Unfall-Schadenexzedenten dem zu erwartenden Schadenverlauf angepasst und entsprechend erhöht.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung und die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wurden entsprechend den Aufgaben der Vorversicherer anhand der bestehenden Verträge ermittelt. Die Schwankungsrückstellung und die ähnlichen Rückstellungen (Rückstellungen für Atomanlagen und für die Produkthaftpflichtversicherung von Pharmarisiken) wurden nach § 29 beziehungsweise § 30 RechVersV und den in der Anlage zu dieser Verordnung enthaltenen Vorschriften gebildet. Die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten eine Rückstellung für Gewinnanteile, die zum Teil im Geschäftsjahr und in den Folgejahren zur Auszahlung kommt.

Pensionsrückstellung

Die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze bewertet.

Die jährliche Steigerungsrate wird für Gehälter mit 2,75 % und für Renten mit 1,90 % berücksichtigt. Die biometrischen Rechnungsgrundlagen werden den Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck entnommen. Für die Abzinsung der Rückstellungen wurde das Wahlrecht nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB in Anspruch genommen und pauschal der durchschnittliche Marktzins von 3,7 % (Zehn-Jahres-Durchschnitt) verwendet, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zum Bilanzstichtag ergibt.

Es liegen gemäß § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Beträge in Höhe von 3.871 Tsd. € vor, denen Gewinnrücklagen in Höhe von 75.618 Tsd. € in ausreichendem Maße gegenüberstehen.

Den arbeitnehmerfinanzierten Pensionszusagen durch Gehaltsverzicht liegen Einzelzusagen zugrunde. Bei den Pensionszusagen auf Kapitalbasis handelt es sich um eine wertpapiergebundene Versorgungszusage, bei der die versicherten Personen ein uneingeschränkt unwiderrufliches Bezugsrecht für die Leistungen im Erlebensfall einschließlich der zugewiesenen Überschussanteile haben. Das aktuelle Deckungskapital der zugehörigen kongruenten Rückdeckungsversicherung stellt Deckungsvermögen im Sinne des § 246 Abs. 2 HGB dar und wurde mit den Pensionsverpflichtungen saldiert. Die Anschaffungskosten der Rückdeckungsversicherung liegen zum Bilanzstichtag bei 81 Tsd. €, der Zeitwert beträgt 150 Tsd. €. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Pensionsverpflichtung beläuft sich auf 124 Tsd. €. In der Gewinn- und Verlustrechnung wurde die Veränderung der Aktivwerte der Rückdeckungsversicherung in Höhe von −3 Tsd. € mit der Veränderung der Pensionsrückstellung in gleicher Höhe verrechnet.

Sonstige Rückstellungen

Die Berechnung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen und Jubiläumsaufwendungen erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 2,8 % und einer angenommenen jährlichen Gehaltsentwicklung von 2,75 %. Den Berechnungen liegen die Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Für die Abzinsung wurde das Wahlrecht nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB in Anspruch genommen und pauschal der durchschnittliche Marktzins (Sieben-Jahres-Durchschnitt) verwendet, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Der Wertansatz der anderen sonstigen Rückstellungen orientiert sich am nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag (inklusive zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen). Diese Rückstellungen haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr und wurden zum Bilanzstichtag nicht abgezinst.

Verbindlichkeiten

Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft und Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft werden mit den Beträgen bilanziert, die sich aus den Abrechnungen der Rückversicherer ergeben. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten wurde zum Nominalwert angesetzt.

Fremdwährungen

Auf Fremdwährungen lautende Aktiv- und Passivposten werden mit den jeweiligen Devisenmittelkursen zum Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Die Ertrags- und Aufwandsposten werden mit den Jahresdurchschnittskursen in die Berichtswährung Euro transferiert.

ANGABEN ZUR BILANZ

Aktiva

ENTWICKLUNG DER AKTIVPOSTEN A, B. I. BIS III. IM GESCHÄFTSJAHR 2017 in Tsd. €	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
III 15d. C						
Aktivposten						
A. Immaterielle Vermögensgegenstände						
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	589	131	0	0	160	560
Summe A.	589	131	0	0	160	560
B. Kapitalanlagen				·		
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.677	14	0	0	268	4.423
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	45.743	23.321	0	404	0	69.468
2. Beteiligungen	124.910	58.597	5.644	0	71	177.792
Summe B. II.	170.653	81.918	5.644	404		247.260
III. Sonstige Kapitalanlagen						
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	422.438	23.080	511	242	1.415	443.834
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	130.011	5.401	12.511	72	83	122.890
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	136.304	104.727	54.207	0	0	186.824
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	267.586	12.188	30.000	0	0	249.774
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	234.549	17.496	38.335	0	0	213.710
c) Übrige Ausleihungen	1.394	0	0	0	0	1.394
5. Einlagen bei Kreditinstituten	30.014	0	15.001	0	0	15.013
Summe B. III.	1.222.296	162.892	150.565	314	1.498	1.233.439
Insgesamt	1.398.215	244.955	156.209	718	1.997	1.485.682

Bei den Immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um entgeltlich erworbene Software.

Der Zeitwert der Kapitalanlagen (ohne Depotforderungen) betrug zum Ende des Geschäftsjahres 2017 insgesamt 1.781.065 Tsd. €. Die Buchwerte ohne Berücksichtigung von Agio und Disagio hierzu betragen 1.485.121 Tsd. €. Bei der Ermittlung der Zeitwerte wurden in Abhängigkeit von der jeweiligen Anlageart verschiedene Bewertungsmethoden angewendet.

Die Bewertung der Grundstücke erfolgte anhand von Verkehrswertgutachten aus dem Jahr 2014. Es erfolgte zum 31. Dezember 2017 eine Anpassung der Bewertung anhand der Richtlinie für Wertfortschreibung.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden nach dem Ertragswertverfahren, dem Net Asset Value sowie in Einzelfällen mit den Anschaffungskosten ermittelt. Bei der Bewertung wurde der Unternehmensbewertungsstandard IDW S1 in Verbindung mit IDW RS HFA 10 berücksichtigt. Für die Ermittlung der Zeitwerte der Immobilien-Objektgesellschaften wurde bei der Ertragswertermittlung zudem die Immobilienwertermittlungsverordnung angewendet.

Die übrigen Kapitalanlagen (Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen sowie festverzinsliche Wertpapiere) sind entsprechend § 56 RechVersV bewertet worden. Als Zeitwerte wurden hier die Börsenkurswerte bzw. Rücknahmepreise zum Abschlussstichtag angesetzt.

Hypothekenforderungen an Mitarbeiter wurden zu Buchwerten angesetzt. Die Zeitwerte der Grundschulddarlehen und der sonstigen Ausleihungen wurden grundsätzlich auf der Grundlage adäquater Zinsstrukturkurven zuzüglich eines individuellen Risikoaufschlags ermittelt.

ZEITWERTE DER KAPITALANLAGEN
ZUM 31. DEZEMBER 2017

in Tsd. €		Bilanzwerte	Zeitwerte	Bewertungs- reserven
I.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.423	20.480	16.057
II.	Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
	Anteile an verbundenen Unternehmen	69.468	75.345	5.876
	2. Beteiligungen	177.791	210.155	32.364
		247.260	285.500	38.240
III.	Sonstige Kapitalanlagen			
•	Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	443.834	597.293	153.459
	Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	122.890	148.382	25.492
	3. Hypothekenforderungen	186.824	188.060	1.235
	4. Sonstige Ausleihungen			
	a) Namensschuldverschreibungen	249.774	283.685	33.911
	b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	213.710	241.259	27.549
•	c) Übrige Ausleihungen	1.394	1.394	0
•	5. Einlagen bei Kreditinstituten	15.013	15.013	0
		1.233.439	1.475.085	241.646
Gesamt		1.485.121	1.781.065	295.944

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Aufgrund der Bewertungen zum Bilanzstichtag ergaben sich Zuschreibungen bei einem verbundenen Unternehmen in Höhe von 404 Tsd. € sowie Abschreibungen bei einer Beteiligung in Höhe von 72 Tsd. €.

Investitionsbedingt ergaben sich bei sechs Anteilen an verbundenen Unternehmen zum Bilanzstichtag Stille Lasten in Höhe von 1.394 Tsd. €. Die Zeitwerte liegen bei diesen Immobiliengesellschaften mit 34.584 Tsd. € unter den Buchwerten von 35.978 Tsd. €.

Bei den Beteiligungen ergaben sich bei acht Beteiligungen Stille Lasten in Höhe von 1.749 Tsd. €. Die Zeitwerte dieser Beteiligungen liegen mit 28.959 Tsd. € unter den Buchwerten von 30.708 Tsd. €. Außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 S. 4 HGB sind unterblieben, da der Verband auf Basis von Markteinschätzungen davon ausgeht, dass der Wertrückgang nur von voraussichtlich vorübergehender Dauer ist.

Es bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen bei den verbundenen Unternehmen in Höhe von 59.869 Tsd. € und bei den Beteiligungen in Höhe von 73.490 Tsd. €.

ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN (§ 285 NR. 11 HGB)	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Ergebnis	Abschluss von
Name und Sitz der Gesellschaft	in %	in Tsd. €	in Tsd. €	
W. J J W. J				
Verbundene Unternehmen	100.00	12607	121.2	21.12.201
ÖBAV Servicegesellschaft mbH, Düsseldorf	100,00	1.360,7	131,3	31.12.201
Objekt Essen Bredeney GmbH & Co. KG, Düsseldorf	100,00	3.825,7	-5,9	31.12.201
OEV Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	100,00	13.814,3	410,9	31.12.201
OEV Immobilien Postdörfle GmbH & Co. KG, Düsseldorf	100,00	840,8	263,0	30.09.201
VB Sachwerte SCS SICAV RAIF, Senningerberg	100,00	0,3	-130,7	31.12.201
DRVB Wohnen Beteiligungs-GmbH, Düsseldorf	60,00	12.698,6	-19,2	31.12.201
Objekt Düsseldorf an der Kaserne GmbH & Co. KG, Düsseldorf	60,00	12.710,1	315,1	31.12.201
Objekt Düsseldorf Couvenstraße GmbH & Co. KG, Düsseldorf	60,00	6.946,6	175,1	31.12.201
Objekt Leipzig Nordstraße GmbH, Düsseldorf	60,00	4.775,2	214,5	31.12.201
Objekte Nürnberg GmbH & Co. KG, Düsseldorf	60,00	18.658,5	523,0	31.12.201
Objekt Minoritenstraße Köln GmbH & Co. KG, Düsseldorf	56,94	-1.762,9	128,5	31.12.201
Ecosenergy Zweite Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG, Nordhorn	56,56	13.714,7	652,5	31.10.201
MBS Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main 2)	33,33	1)	1)	1
Beteiligungen				
DRVB Invest Beteiligungs GmbH, Düsseldorf	50,00	9.583,2	201,9	31.12.201
Hansapark 2 GmbH & Co. KG, Düsseldorf	50,00	22.423,3	1.728,3	31.12.201
Hansapark Verwaltungs GmbH, Düsseldorf	50,00	94,5	2,2	31.12.201
Hansapark Verwaltungs GmbH & Co. KG, Düsseldorf	50,00	10.063,0	2.554,5	31.12.201
Immobiliengesellschaft Burstah Hamburg GmbH & Co. KG, Düsseldorf	50,00	15.409,6	213,6	31.12.201
Objekt Aachen, Großkölnstraße GmbH, Düsseldorf	50,00	4.854,8	-28,2	31.12.201
Objekt Karlsruhe Kaiserstraße GmbH, Düsseldorf	50,00	22.794,3	332,9	31.12.201
Objekt Leipzig Katharinenstraße GmbH, Düsseldorf	50,00	4.269,9	352,4	31.12.201
OEV Equity Trust GmbH, Düsseldorf	50,00	216,2	39,2	31.12.201
MF 1. THA 70 – 74 GmbH, Frankfurt am Main	49,00	1.645,2	-10,2	31.12.201
MF 2. THA 70 – 74 GmbH, Frankfurt am Main	49,00	2.598,0	4,1	31.12.201
RFR 1. THA 70 – 74 GmbH, Frankfurt am Main	49,00	7.180,7	-1.049,7	31.12.201
RFR 2. THA 70 – 74 GmbH, Frankfurt am Main	49,00	31.341,8	-385,8	31.12.201
LP JV GmbH & Co. KG, Grünwald	47,00	1)	1)	
Objekt Warstein Max-Planck-Straße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	40,00	50,2	-10,3	31.12.201
USPF IV Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf	33,33	56,8	1.023,9	30.09.201
ASPF II Beteiligungs GmbH & Co. KG, München	26,67	787,6	399,8	31.12.201
DRVB Wohnen 2 Beteiligungs-GmbH, Düsseldorf	24,00	7.533,7	-1,6	31.12.201
APPIA Global Infrastructure Portfolio Feeder GmbH & Co. KG, Grünwald	23,80	49.874,0	1.750,8	31.12.201
GTIS US Property Income Partners S.C.S., Senninger- berg	23,26	1)	1)	1
United States Property Fund VI S.C.S., Luxemburg	22,36	22.882,2	-298,0	30.09.201

¹⁾ Im Jahr 2017 neu gegründet, Abschluss liegt noch nicht vor 2) Verbundenes Unternehmen wegen Mehrheit der Risiken und Chancen über Joint-Venture-Vertrag

Die Aufstellung eines Konzernabschlusses entfällt im Hinblick auf § 296 Abs. 2 HGB.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere Aktien in Höhe von 8.064 Tsd. € und Investmentanteile in Höhe von 404.220 Tsd. € sind dem Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB zugeordnet.

Bei den Aktien und zwei im Umlaufvermögen gehaltenen Anteilen an Investmentfonds ergaben sich im Berichtsjahr Zuschreibungen in Höhe von 86 bzw. 155 Tsd. €. Abschreibungen erfolgten auf einen im Anlagevermögen gehaltenen Immobilienanleihefonds in Höhe von 217 Tsd. € und auf im Umlaufvermögen gehaltene Anteile an Investmentfonds in Höhe von 1.198 Tsd. €. Zum Bilanzstichtag lagen bei dieser Bilanzposition keine Stillen Lasten vor.

Die Gesellschaft hält am 31. Dezember 2017 an einem inländischen Investmentfonds Anteile von mehr als 10 % gemäß § 285 S. 1 Nr. 26 HGB. Es liegt keine Beschränkung in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe vor.

in Tsd. €	Zeitwert	Buchwert	Stille Reserve	2017 erhaltene Ausschüttung
Gemischter Fonds	531.193	381.722	149.471	16.413

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den Inhaberschuldverschreibungen sind 117.862 Tsd. € dem Anlagevermögen und 5.028 € dem Umlaufvermögen zugeordnet. Im Geschäftsjahr erfolgte eine Zuschreibung auf ein Papier in Höhe von 72 Tsd. € und eine Abschreibung bei einem Papier in Höhe von 83 Tsd. €. Beide Papiere gehören zum Anlagevermögen. Zum Bilanzstichtag bestanden keine Stillen Lasten.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Aus der Bewertung von Grundschulddarlehen ergaben sich Stille Lasten in Höhe von 438 Tsd. €. Die Bilanzwerte liegen mit 71.607 Tsd. € über den Zeitwerten in Höhe von 71.169 Tsd. €.

Sonstige Ausleihungen

Die Nennwertbilanzierung der Namensschuldverschreibungen wurde beibehalten.

Bei den Schuldscheindarlehen wurde gemäß § 341c Abs. 3 HGB die Effektivzinsmethode angewendet.

Zum Bilanzstichtag werden sonstige Ausleihungen in Höhe von 35.997 Tsd. € über ihren beizulegenden Zeitwert in Höhe von 35.331 Tsd. € ausgewiesen. Es bestehen Stille Lasten von 666 Tsd. €.

Der Verband geht basierend auf einer beabsichtigten Haltedauer bis zur Endfälligkeit oder auf Basis von Markteinschätzungen für diese Wertpapiere davon aus, dass der Wertrückgang nur von vorübergehender Dauer ist. Eine Abschreibung wegen dauernder Wertminderung wurde diesbezüglich nicht vorgenommen.

SONSTIGE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
in Tsd. €	2017	2016		
Auf Folgejahre entfallende Agiobeträge	133	156		
Vorausgezahlte Betriebsaufwendungen	286	278		
Gesamt	419	434		

Passiva

Eigenkapital

Das nicht eingezahlte Stammkapital des Verbands beträgt 13.000 Tsd. €. Gemäß § 7 Abs. 3 der Verbandssatzung kann bei Bedarf das Stammkapital auf Beschluss der Mitgliederversammlung ganz oder teilweise eingefordert werden. Bislang wurde von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht.

Die satzungsmäßigen Rücklagen erhöhten sich im Geschäftsjahr um den Jahresüberschuss des abgelaufenen Geschäftsjahres in Höhe von 2.128 Tsd. € auf insgesamt 72.744 Tsd. €. Zusammen mit den anderen Gewinnrücklagen in Höhe von 2.874 Tsd. € betragen die Gewinnrücklagen 75.618 Mio. €.

SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN		
in Tsd. €	2017	2016
a) Rückstellungen für Jahresabschlussaufwendungen	430	404
b) Rückstellungen aus dem Personalbereich	2.852	2.118
c) Rückstellungen für sonstige Verwaltungskosten	98	90
Gesamt	3.379	2.612

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Zum Bilanzstichtag wurden erstmals Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (4.820 Tsd. €) ausgewiesen. Diese ergeben sich im Rahmen des Collateral-Managements aus erhaltenen Cash-Sicherheiten für Vorkäufe, die spätestens bei Fälligkeit der Geschäfte zurückgezahlt werden müssen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Es besteht keine Verbindlichkeit von einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren. Alle sonstigen Verbindlichkeiten haben eine Laufzeit von unter einem Jahr.

Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten sind Disagien aus Namensschuldverschreibungen in Höhe von 601 Tsd. € (Vorjahr 688 Tsd. €) enthalten.

Haftungsverhältnisse

Durch eine am 23. April 1965 abgegebene Erklärung hat sich der Verband verpflichtet, etwaige bei der Liquidation der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten i. L. Ostpreußen, Posen, Schlesien und Westpreußen auftretende Verwaltungskostenfehlbeträge unter bestimmten Voraussetzungen zu übernehmen, falls die bei diesen Anstalten hierfür vorgesehenen Beträge zur Deckung nicht ausreichen sollten. Eine Inanspruchnahme ist bisher nicht erfolgt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus dem Kapitalanlagebereich bestehen zum Bilanzstichtag Verpflichtungen in Höhe von 142.033 Tsd. € aus Vorkäufen von Schuldscheindarlehen und Namensschuld- bzw. Inhaberschuldverschreibungen mit Verzinsungen zwischen 1,356 % bis 3,625 % und Restlaufzeiten zwischen 7 und 30 Jahren. Zur Bewertung der Vorkäufe setzen wir die Cost-of-Carry-Methode an. Unter Berücksichtigung der Marktwerte der Underlyings zum Stichtag ergibt sich für die Vorkäufe ein Zeitwert von insgesamt 8.504 Tsd. €. Des Weiteren bestehen zum Bilanzstichtag vier optionale Abnahmeverpflichtungen (Short-put-Optionen) aus einer Namensschuldverschreibung der IBRD (Weltbank) in Höhe von jeweils 5.000 Tsd. € bei Verzinsungen von 2,26 % und Laufzeiten bis zum 6. Juli 2037. Die Abnahmeverpflichtungen haben nach dem Libor-Market-Modell zusammen einen Marktwert von −1.116 Tsd. €. Die Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften ist nicht erforderlich, da in Bezug auf das Underlying keine voraussichtlich dauernde Wertminderung vorliegt.

Darüber hinaus bestehen finanzielle Verpflichtungen aus noch nicht vollständig ausgezahlten Grundschulddarlehen in Höhe von 7.734 Tsd. €, deren Auszahlungen an den Baufortschritt der Beleihungsobjekte gekoppelt sind. Die Zinssätze betragen jeweils 3 %, 3,75 % und 12,5 %.

Eine Anlageeinschränkung ergibt sich aus einer Vereinbarung mit einem Kreditnehmer in Bezug auf die Rückführung eines Grundschulddarlehens. Der Verband öffentlicher Versicherer als Kreditgeber hat sich verpflichtet, einen Betrag von 23.475 Tsd. € bis zum 30. Juni 2018 auf dem Darlehenskonto zu belassen und darüber nicht zu verfügen.

Andere aus dem Jahresabschluss nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse einschließlich Pfandbestellungen und Sicherungsübereignungen sowie Verbindlichkeiten aus der Begebung von Wechseln und Schecks bestehen nicht.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

GEBUCHTE BRUTTOBEITRÄGE		
in Tsd. €	2017	2016
Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft	392.905	334.599
Lebensversicherungsgeschäft	84.569	95.847
Gesamt	477.474	430.446

Technischer Zinsertrag

Der technische Zinsertrag besteht aus 2,25 % Zinszuführungen zur Renten-Deckungsrückstellung, die gemäß § 38 RechVersV übertragen wurden. Die Rückversichereranteile wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Aus der Abwicklung der aus dem Vorjahr übernommenen Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ergab sich brutto ein Gewinn von 8,1 % der verdienten Bruttobeiträge. Für eigene Rechnung ist ein Abwicklungsgewinn in Höhe von 11,5 % der verdienten Nettobeiträge zu verzeichnen.

	PROVISIONEN UND SONSTIGE BEZÜGE DER VERSICHERUNGSVERTRETER, PERSONALAUFWENDUNGEN					
in T	sd.€	2017	2016			
1.	Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	-	_			
2.	Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-	-			
3.	Löhne und Gehälter	11.100	9.550			
4.	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	1.389	1.303			
5.	Aufwendungen für Altersversorgung	3.460	572			
Ges	amt	15.949	11.425			

Sonstige Erträge

In den sonstigen Erträgen sind Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 67 Tsd. € (Vorjahr 127 Tsd. €) enthalten.

Sonstige Aufwendungen

In den sonstigen Aufwendungen sind die Zinszuführungen zu den personellen Rückstellungen für Pensionen, Altersteilzeit und Jubiläum in Höhe von 967 Tsd. € (Vorjahr 940 Tsd. €) enthalten. Aus der Währungsumrechnung sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 95 Tsd. € (Vorjahr 23 Tsd. €) angefallen.

Sonstige Angaben

Im Jahresdurchschnitt 2017 beschäftigte das Unternehmen – bezogen auf eine Vollzeitbeschäftigung – 106 Mitarbeiter. Dabei handelt es sich um 64 männliche und 42 weibliche Mitarbeiter.

Die Bezüge des Vorstands betrugen 1.466.608 €. In den Bezügen ist abweichend zum Vorjahr eine Rückstellung im Zusammenhang mit dem vorzeitigen Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds enthalten.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats erhielt eine Aufwandsentschädigung von insgesamt 3.651 €. Darüber hinaus wurden den Mitgliedern des Verwaltungsrats die entstandenen Reisekosten vergütet.

Ehemalige Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen erhielten Pensionszahlungen in Höhe von 499.218 €. Für diesen Personenkreis hat der Verband Pensionsrückstellungen zum 31. Dezember 2017 in Höhe von 7.151.721 € bilanziert.

Für den Wirtschaftsprüfer wurden für das Geschäftsjahr 2017 Honorare in Höhe von 175.000 € für die Jahresabschlussprüfung und für die Prüfung der Solvabilitätsübersichten zurückgestellt.

Der Verband ist beim Amtsgericht Düsseldorf unter der Nr. HRA 13899 und beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter der Nr. HRA 29894 B eingetragen.

Zum Zeitpunkt der Berichterstattung sind keine Entwicklungen erkennbar, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbandes nachhaltig und wesentlich beeinträchtigen könnten.

Organe des Verbands

VERWALTUNGSRAT

Hermann Kasten, Hannover

- Vorsitzender -

Vorsitzender des Vorstands der VGH Versicherungen

Dr. Wolfgang Breuer, Münster

- stv. Vorsitzender -

Vorsitzender des Vorstands der Provinzial NordWest Holding

Michael Doering, Braunschweig (bis 31. Dezember 2017)

Vorsitzender des Vorstands der Öffentlichen Versicherungen Braunschweig

Patric Fedlmeier, Düsseldorf (seit 31. Januar 2018)

Vorsitzender des Vorstands der Provinzial Rheinland Versicherungen

Knud Maywald, Braunschweig (seit 1. Januar 2018)

Vorsitzender des Vorstands der Öffentlichen Versicherungen Braunschweig

Gerhard Müller, Dresden

Vorsitzender des Vorstands der Sparkassen-Versicherung Sachsen

Dr. Frank Walthes, München

Vorsitzender des Vorstands der Versicherungskammer Bayern

Dr. Walter Tesarcyzk, Düsseldorf (bis 31. Dezember 2017)

Vorsitzender des Vorstands der Provinzial Rheinland Versicherungen

Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl, Stuttgart

Vorsitzender des Vorstands der SV SparkassenVersicherung

VORSTAND

Dr. Arno Junke, Vorsitzender (bis 31. Dezember 2017)
Frank Schaar, stv. Vorsitzender (Vorsitzender seit 21. Februar 2018)
Dr. Katrin Burkhardt
Michael Rohde

Düsseldorf, 23. April 2018

Verband öffentlicher Versicherer

Der Vorstand

chaar

Or. Burkhardt

So. Kart Burdhardt And Her

Rohde

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Verband öffentlicher Versicherer

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss vom Verband öffentlicher Versicherer – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Darüber hinaus haben wir den Lagebericht vom Verband öffentlicher Versicherer für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft.
 In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO

erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft unter dem Gliederungspunkt "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden". Risikoangaben sind im Lagebericht der Gesellschaft unter dem Gliederungspunkt "Wesentliche Risiken" enthalten.

Das Risiko für den Abschluss

Die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle betragen EUR 1.764,2 Mio. Dies sind 93,2 % der Bilanzsumme.

Die Bewertung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle unterliegt grundsätzlich Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe und ist daher stark ermessensbehaftet. Die Schätzung darf nach handelsrechtlichen Grundsätzen nicht risikoneutral im Sinne einer Gleichgewichtung von Chancen und Risiken durchgeführt werden, sondern sie hat unter Beachtung des bilanzrechtlichen Vorsichtsprinzips (§ 341e Abs. 1 Satz 1 HGB) zu erfolgen.

Die Rückstellungen werden beim Verband öffentlicher Versicherer grundsätzlich nach den Aufgaben der Zedenten bilanziert. Daneben trifft der Verband öffentlicher Versicherer auf Basis seiner Erfahrungswerte zusätzliche Vorsorge für noch nicht von den Zedenten gemeldete, unbekannte Versicherungsfälle durch Erhöhungen der gemeldeten Rückstellungen. Diese werden unter Anwendung von aktuariellen Verfahren bestimmt.

Das Risiko besteht darin, dass die zusätzlichen Verstärkungen der Rückstellung für unbekannte, noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle nicht auskömmlich sind.

Unsere Vorgehensweise bei der Prüfung

Bei der Prüfung der Rückstellung für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle haben wir folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

Wir haben den Prozess zur Ermittlung der Rückstellungen aufgenommen, wesentliche Kontrollen identifiziert und diese auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit hin getestet. Wir haben uns davon überzeugt, dass die Kontrollen für die korrekte Erfassung der Zedentenabrechnungen sowie die Ermittlung der Reservestärkungen, womit die korrekte Bewertung sichergestellt werden soll, sachgerecht aufgebaut sind und wirksam durchgeführt werden.

Wir haben eigene aktuarielle Reserveberechnungen für ausgewählte Segmente durchgeführt, die wir auf Basis von Risikoüberlegungen ausgewählt haben. Hierbei haben wir jeweils eine Punktschätzung mithilfe von anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren bestimmt, um das in den Rückstellungen für nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthaltene Sicherheitsniveau zu bewerten.

Anhand eines Zeitreihenvergleichs insbesondere von Geschäftsjahres- und bilanziellen Schadenquoten haben wir die Entwicklung der Schadenrückstellung in den jeweiligen Sparten analysiert.

Die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebuchten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir anhand der Abwicklungsergebnisse analysiert.

<u>Unsere Schlussfolgerungen</u>

Die Bewertung der Rückstellung für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle ist insgesamt angemessen.

Sonstige Informationen

Der Vorstand ist für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

den Geschäftsbericht, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung des Vorstands und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanzund Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwor-

tung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft, zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-AprVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter –
falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-,
 Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender und geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichts-

zeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Verwaltungsrat am 26. April 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 15. Dezember 2017 vom Verwaltungsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1995 als Abschlussprüfer vom Verband öffentlicher Versicherer tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Verwaltungsrat nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Die für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüferin ist Christine Voß.

Köln, den 7. Mai 2018

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Voß Bramkamp

Wirtschaftsprüferin Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrats

Aufgaben, Ausschüsse und Personalia

Zur Erfüllung seiner Aufgaben stehen dem Verwaltungsrat die Personalkommission sowie die Rechnungsprüfer unterstützend zur Verfügung.

Mit Wirkung zum 31. Dezember 2017 sind die Herren Michael Doering und Dr. Walter Tesarczyk in den Ruhestand getreten und aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden. Außerdem ist Herr Dr. Arno Junke zum 31. Dezember 2017 aus dem Vorstand ausgeschieden.

Zusammenarbeit mit dem Vorstand

Der Verwaltungsrat hat die Geschäftsführung pflichtgemäß überwacht und sich zu diesem Zweck fortlaufend in den Verwaltungsratssitzungen, durch regelmäßige Quartalsberichte und auch bei anderen Gelegenheiten über die Entwicklung und die finanzielle Lage des Verbands sowie über besondere Vorfälle informiert. Dies schloss die Risikolage und das Risikomanagement ein. In insgesamt drei Sitzungen und ferner einem Beschluss im schriftlichen Verfahren hat der Verwaltungsrat entsprechend seiner satzungsmäßigen Zuständigkeit an den Entscheidungen des Vorstands mitgewirkt. Unter anderem hat er sich mit der Versicherungstechnik, der Kapitalanlage und der Kostenentwicklung sowie dem Rating der Verbandsrückversicherung befasst.

Feststellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss 2017 ist von der KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, geprüft worden und hat zu Beanstandungen keinen Anlass gegeben. Dementsprechend ist der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt worden. Die ferner durch Beauftragte des Verwaltungsrats nach § 7 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Verwaltungsrats vorgenommene Prüfung ergab ebenfalls keine Beanstandungen. Die Abschlussprüfer haben an der Bilanzsitzung des Verwaltungsrats teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung berichtet. Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss geprüft und keine Bemerkungen zum Bericht der Wirtschaftsprüfer. Er empfiehlt der Mitgliederversammlung die Feststellung des Jahresabschlusses 2017 und die Entlastung des Vorstands.

Düsseldorf, den 12. Juni 2018

Hermann Kasten Vorsitzender

Aufsichtsbehörden

$K\"{o}rperschaftsauf sicht$

Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Fachaufsicht

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Bonn

Mitgliedsunternehmen des Verbands öffentlicher Versicherer

Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband Durlacher Allee 56, 76131 Karlsruhe

BGV-Versicherung AG Durlacher Allee 56, 76131 Karlsruhe

Deutsche Rückversicherung Aktiengesellschaft Hansaallee 177, 40549 Düsseldorf

Feuersozietät Berlin Brandenburg Aktiengesellschaft Am Karlsbad 4-5, 10785 Berlin

Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG Voltaireweg 12, 14469 Potsdam Am Karlsbad 4-5, 10785 Berlin

Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt Simon-August-Str. 2, 32756 Detmold

Öffentliche Sachversicherung Braunschweig Theodor-Heuss-Str. 10, 38122 Braunschweig

Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig Theodor-Heuss-Str. 10, 38122 Braunschweig

Oldenburgische Landesbrandkasse Staugraben 11, 26122 Oldenburg

Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg Staugraben 11, 26122 Oldenburg

ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft Hansaallee 199, 40549 Düsseldorf

Deutsche Assistance Versicherungs AG Hansaallee 199, 40549 Düsseldorf

ÖSA Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt Am Alten Theater 7, 39104 Magdeburg ÖSA Öffentliche Lebensversicherung Sachsen-Anhalt Am Alten Theater 7, 39104 Magdeburg

ÖVB Öffentliche Versicherung Bremen Martinistr. 30, 28195 Bremen

Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse Osterstr. 14-20, 26603 Aurich

Provinzial NordWest Holding AG
Provinzial-Allee 1, 48159 Münster

Westfälische Provinzial Versicherung Aktiengesellschaft Versicherung der Sparkassen Provinzial-Allee 1, 48159 Münster

Provinzial Nord Brandkasse AG Sophienblatt 33, 24114 Kiel

Provinzial NordWest Lebensversicherung Aktiengesellschaft Sophienblatt 33, 24114 Kiel

Provinzial Rheinland Holding Ein Unternehmen der Sparkassen Provinzialplatz 1, 40591 Düsseldorf

Provinzial Rheinland Versicherung AG Die Versicherung der Sparkassen Provinzialplatz 1, 40591 Düsseldorf

Provinzial Rheinland Lebensversicherung AG Die Versicherung der Sparkassen Provinzialplatz 1, 40591 Düsseldorf

Sparkassen DirektVersicherung AG Kölner Landstr. 33, 40591 Düsseldorf

SAARLAND Feuerversicherung AG Mainzer Str. 32-34, 66111 Saarbrücken

SAARLAND Lebensversicherung AG Mainzer Str. 32-34, 66111 Saarbrücken

Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG An der Flutrinne 12, 01139 Dresden Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG An der Flutrinne 12, 01139 Dresden

SV SparkassenVersicherung Holding AG Löwentorstr. 65, 70376 Stuttgart

SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG Löwentorstr. 65, 70376 Stuttgart

SV SparkassenVersicherung Lebensversicherung AG Löwentorstr. 65, 70376 Stuttgart

Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts Maximilianstr. 53, 80530 München

Bayern-Versicherung, Lebensversicherung Aktiengesellschaft Maximilianstr. 53, 80535 München

Bayerischer Versicherungsverband Versicherungsaktiengesellschaft Maximilianstr. 53, 80530 München

Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft Maximilianstr. 53, 80530 München

Consal Beteiligungsgesellschaft AG Maximilianstr. 53, 80530 München

UKV – Union Krankenversicherung Aktiengesellschaft Peter-Zimmer-Str. 2, 66123 Saarbrücken

VGH Versicherungen Landschaftliche Brandkasse Hannover Schiffgraben 4, 30159 Hannover

VGH Versicherungen Provinzial Lebensversicherung Hannover Schiffgraben 4, 30159 Hannover

ProTect Versicherung AG Kölner Landstr. 33, 40591 Düsseldorf

Stand: 31. Dezember 2017

IMPRESSUM

Verband öffentlicher Versicherer

Hansaallee 177 40549 Düsseldorf Telefon 0211. 4554– 01 Telefax 0211. 4554– 202 info@voevers.de www.voev.de

Bildnachweis

Jörg Schanze



Verband öffentlicher Versicherer

Hansaallee 177 40549 Düsseldorf

Telefon 0211. 4554-01 Telefax 0211. 4554-202 info@voevers.de www.voev.de